

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	13
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	17
Umweltpolitik & Umweltrecht	17
Verkehr & Tourismus	20
Wasser & Meere	21
Wirtschaft & Ressourcen	24

**VERBÄNDE**



Thema: Naturfreundliche Schnitzeljagd	26
DNR intern	27
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	27
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

**ökopädNEWS**

ANU-Informationsdienst Umweltbildung 29  
Schwerpunkt: Degrowth

**THEMEN DES MONATS**

Neue Gentechnik

## Alte Debatte in neuem Gewand

**Wer Änderungen am Gentechnikrecht fordert, stellt auch  
Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit infrage**

Seite 2

Umweltrecht

## Umweltfolgenbericht – Fehlanzeige

**Bessere Rechtsetzung durch mehr Transparenz  
der Gesetzesfolgen**

Seite 4

Degrowth-Konferenz

## Dialog in turbulenten Zeiten

**Nur Umverteilung von Vermögen und von Erwerbs- und  
Sorgearbeit bringt echten gesellschaftlichen Wandel**

Seite 6

Interview: Sabine Schlacke über zeit-gerechte Klimapolitik

## „Alle Beteiligten mit ins Boot holen“

**Um den Klimawandel aufzuhalten, muss fair und rasch  
gehandelt werden**

Seite 19

## Neue Gentechnik

# Alte Debatte in neuem Gewand

Wer Änderungen am Gentechnikrecht fordert, stellt auch Vorsorgeprinzip und Wahlfreiheit infrage

**Am 25. Juli hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) entschieden, dass mit neuen gentechnischen Verfahren wie CRISPR/Cas erzeugte Pflanzen und Tiere ohne Ausnahme unter das EU-Gentechnikrecht fallen. Mit dem Urteil geht ein alter Streit in die nächste Runde. Ausgetragen werden kann er nur nach den Regeln der Demokratie. ■ VON ILKA DEGE, DNR**

Es war ein überraschendes Urteil. Für alle. Was Gentechnik-Kritiker kaum noch zu hoffen wagten, hatte Befürworter hingegen kalt erwischt. Wie sehr sich führende Leitmedien deren Position allerdings zu eigen gemacht haben, überraschte nicht weniger: „Abschied von den Fakten“, titelte der Spiegel, „Die Angst vor der Gentechnik hat gewonnen“ die Süddeutsche, der Tagesspiegel „Die pauschale Verteufelung der Gentechnik hat gesiegt“ und der Fokus gar „Urteil von Europa-Richtern über Genschere ist eine linkspopulistische Zumutung“.

### Der EuGH spricht Recht, er macht es nicht

Was war da los? Hat der EuGH tatsächlich Recht zugunsten von Kritikern interpretiert? Die deutliche Antwort lautet: Nein. Die Richterinnen und Richter des Europäischen Gerichtshofs haben getan, wozu ihr Amt sie verpflichtet: Sie haben eine Bewertung über die in Europa geltende Rechtslage abgegeben. Sie urteilten, dass durch neue Gentechnikverfahren wie CRISPR/Cas veränderte Pflanzen und Tiere unter das geltende europäische Gentechnikrecht fallen, egal, ob „nur“ eigenes verändert oder fremdes Erbgut eingefügt wurde. Nicht weniger, aber auch nicht mehr. Der EuGH spricht Recht, er macht es nicht. Das verbietet in einem Rechtsstaat das Prinzip der Gewaltenteilung. Gesetze zu ändern ist Sache von Parlamenten.

### Wenn Rechtsstaat auf Rechtsempfinden trifft

Was also läuft im Demokratieverständnis schief, dass Urteile des höchsten Europäischen Gerichts als Eselei, Fehlerurteil

oder populistische Zumutung bezeichnet werden? Weil die Richter mit ihrem Urteil eine Rechtslücke geschlossen haben, die andere als Schlupfloch nutzen wollten? Und warum stellen gerade Journalisten die Gewaltenteilung infrage? Und wessen Rechtsempfinden stellt das Urteil eigentlich infrage? Das der breiten Bevölkerung ganz sicher nicht. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) stellt in der im Juli veröffentlichten Naturbewusstseinsstudie deutlich fest: Nahezu unverändert sprechen sich seit vielen Jahren 79 Prozent der Befragten für ein Verbot von Gentechnik in der Landwirtschaft aus. Laut der Studie sind sogar 93 Prozent der Meinung, dass mögliche Auswirkungen auf die Natur immer untersucht werden sollten, wenn Pflanzen gezielt gentechnisch verändert werden, und wünschen sich sogar eine umfassendere Kennzeichnung als bisher.

### Das Urteil verbietet keine Gentechnik, sondern diese unterzujubeln

Wenn das Urteil also eins gezeigt hat, dann, wie gut das bestehende Recht den Wünschen und Erwartungen der Bevölkerung entspricht. Denn die Richterinnen begründeten ihr Urteil ausdrücklich damit, dass „der Schutz der menschlichen Gesundheit eine gebührende Kontrolle der Risiken infolge einer solchen Freisetzung erfordert“ und der Grundsatz der Vorsorge ausdrücklicher Zweck der Richtlinie sei. Neue gentechnische Verfahren aus der Richtlinie auszunehmen, würde den Willen des Gesetzgebers nicht nur bezüglich der Richtlinie unterlaufen, sondern das übergeordnete europäische Vorsorgeprinzip. Dass andere europäische Gesetze diese Vorsorgepflicht nicht ausreichend gewährleisten können,

hatte der Umweltrechtler Tade Matthias Spanger in einem Gutachten für das BfN bereits belegt.

Diese Regelungslücke haben die Straßburger Richter geschlossen. Ein Verbot neuer Gentechnik ist das nicht. Im Gegenteil schafft das Urteil erst Rechtssicherheit über die Regeln, nach denen diese Produkte erzeugt, angebaut und auf den Markt gebracht werden können. Dazu gehört, dass diese Produkte gekennzeichnet werden müssen und Verbrauchern und Landwirten nicht einfach untergejubelt werden können. Wer darin ein faktisches Verbot sieht beziehungsweise die fehlende Akzeptanz fürchtet, sollte sein Geschäftsmodell hinterfragen und nicht rechtsstaatliche Entscheidungen.

### Das neue Narrativ: Wie die Natur, nur schneller, besser, billiger und ohne Risiko

Zumindest eine Auseinandersetzung scheint mit dem Urteil vorerst beendet: Die neuen Genom-Editing-Verfahren sind Gentechnik und heißen auch so. Jahrelang wurde versucht, das mit Begrifflichkeiten wie „Neue Züchtungsmethoden“ oder „Molekularbiologische Techniken“ zu verhindern, um Akzeptanzproblemen und einer Regulierung als Gentechnik zuvorzukommen. Begründet wird das damit, dass Gentechnik nur im Prozess zur Anwendung käme, im erzeugten Organismus aber nicht mehr vorhanden und nachweisbar sei. Damit gäbe es keinen Unterschied zu herkömmlichen Züchtungsprodukten oder der Auslese, die die Natur selber hält – und damit keine Veranlassung zu einer gesonderten Regulierung.

Eine Behauptung, die sich nach heutigem Stand der Wissenschaft nicht auf-

rechterhalten lässt. Der Einsatz von Methoden wie CRISPR/Cas hinterlässt nachweisbare Spuren. Und nicht nur das. Die Genom-Editing-Verfahren verändern das Erbgut so umfassend und vollständig, dass die erzeugten Organismen ihre natürlichen Kontroll- und Reparaturmechanismen verlieren. Hinzu kommen ungewollte Veränderungen, die erst nach Jahren auftreten können. Auf dieses Risiko hat der EuGH in seinem Urteil ausdrücklich Bezug genommen und auf die Notwendigkeit einer eingehenden Überwachung verwiesen.

Genau das lehnen die Hersteller allerdings ab. Die Technik sei sicher, darüber bestehe wissenschaftlicher Konsens. Wer das infrage stelle, solle das Gegenteil beweisen. Warum? Seit wann ist es Sache der Gesellschaft, Beweise gegen Behauptungen zu liefern? Und wie sollen Risiken für unsere Umwelt und menschliche Gesundheit überhaupt erkannt werden, wenn sie nicht gründlich geprüft und überwacht werden? Und warum sollte ausgerechnet für die Grüne Gentechnik nicht gelten, was für die Weiße und Rote Gentechnik so selbstverständlich wie unstrittig ist? Werden gentechnisch veränderte Organismen einmal in die Natur entlassen, ist das eine unumkehrbare Entwicklung, die ungleich schneller und weitreichender stattfindet als unter den steuerbaren Bedingungen geschlossener Systeme und der Humantherapie. Hält die Technik, was sie an Risikofreiheit verspricht, brauchen die Hersteller die Auflagen einer Überwachung nicht zu fürchten. Ebenso wenig wie die höheren Zulassungskosten, denn liefern die neuen Sorten und Rassen die versprochenen Eigenschaften, sollten sich diese Kosten problemlos wiedereinspielen lassen.

### Ablehnung aus Luxusgründen?

Fraglich bleibt allerdings, warum man diesen Versprechen Glauben schenken sollte. Dem Klimawandel trotzend, den Pestizideinsatz reduzierende und den Welthunger stillende Sorten hatte bereits die alte Gentechnik vor mehr als zwanzig Jahren versprochen. Sie sind bis heute nicht eingelöst. Worauf soll das Vertrauen grün-

den, dass die neue Gentechnik genau das jetzt liefern werde? Auf das Eingeständnis, dass die klassische Gentechnik versagt hat?

Unbeirrt davon erklärte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner Anfang September, dass die neuen Technologien landwirtschaftliche Probleme lösen könnten, weshalb sie gegen Einschränkungen derselben vorgehen werde. „Wir müssen achtgeben, dass wir nicht aus Luxuspositionen des Überflusses heraus in Europa eine neue Technologie vor die Tür setzen.“ Sind der Schutz der biologischen Vielfalt sowie das Recht von Verbraucherinnen und Landwirtinnen, Gentechnik ablehnen zu können, überflüssiger Luxus? Und wer setzt hier eine Technik vor die Tür?

Die nächste Runde eines alten Streites ist also längst eröffnet. Erstaunlich daran ist, in welcher Geschwindigkeit, von welcher Ebene und mit welchen Argumenten Rechtsurteile infrage gestellt und die Forderung nach Gesetzesänderungen erhoben werden. Richtig ist: Was Recht ist, muss nicht immer Recht bleiben. Demokratie lebt davon, dass Recht immer wieder neu verhandelt werden muss. Das geht aber nur mit Respekt vor rechtsstaatlichen Entscheidungen sowie unter Berücksichtigung aller gesellschaftlicher Interessen. Im Koalitionsvertrag hat sich die Bundesregierung übrigens zu Regeln verpflichtet, „die das Vorsorgeprinzip und die Wahlfreiheit gewährleisten“. Ein Versprechen, an das sich auch die zuständige Ministerin ohne Wenn und Aber gebunden fühlen sollte.

### Links

- ▶ Naturbewusstseinsstudie des BfN: [www.bmu.de/publikation/naturbewusstsein-2017/](http://www.bmu.de/publikation/naturbewusstsein-2017/)
- ▶ Urteil des EuGH: [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111de.pdf)

Ilka Dege ist Koordinatorin für Agrar-, Natur- und Tier-schutzpolitik beim DNR.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 781775-917,  
E-Mail: [ilka.dege@dnr.de](mailto:ilka.dege@dnr.de),  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)



## Nachhaltigkeit

# A-Z



## A wie Alternative

Spätestens seit dem Durchbruch der exakten Wissenschaften verbreitet sich die moderne Technik weltweit und mittlerweile nahezu lückenlos. Sie bildet eine »Technosphäre«, und die Menschheit wird immer abhängiger von ihr. Raúl Claro schildert, wie dies unsere Zukunft gefährdet. Und er skizziert auch eine Alternative: die Anthroposphäre – eine menschliche, von den Zwängen der Konkurrenz und des Wachstumsstrebens befreite Welt.

R. Claro

### Die Technosphäre Ein Essay

264 Seiten, broschiert, 25,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-061-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

## Umweltrecht

# Darstellung von Umweltfolgen – Fehlanzeige

Bessere Rechtsetzung durch mehr Transparenz der Gesetzesfolgen

**Wie wirkt sich ein Gesetz auf die Umwelt aus, welche Konsequenzen hat es für die Gesellschaft? Zwar hat die Bundesregierung die Pflicht, die Öffentlichkeit über alle bedeutenden Folgen von Gesetzen zu informieren. Aber dabei geht es nur um die Effekte auf die Staatskasse, die Wirtschaft, das Preisniveau und den Erfüllungsaufwand. Zu dem Thema hat das Umweltbundesamt im August ein Positionspapier veröffentlicht. ■ VON ASTRID MATTHEY, UBA**

Für eine zukunftsorientierte Umweltpolitik ist eine umfassende, ausgewogene und wissenschaftlich fundierte Darstellung der Gesetzesfolgen erforderlich, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene. Sie ist die Grundlage dafür, dass Belange wie Umweltschutz oder soziale Gerechtigkeit im demokratischen Meinungsbildungsprozess ein angemessenes Gewicht erhalten. Nur wenn alle relevanten Informationen über die potenziellen Auswirkungen eines Gesetzes zur Verfügung stehen, ist dem Gesetzgeber eine informierte und sachgerechte Entscheidung aufgrund seiner Prioritäten möglich. Auch die Öffentlichkeit kann die Prioritätensetzung des von ihr gewählten Gesetzgebers nur dann erkennen und bewerten, wenn in der Gesetzesbegründung transparent wird, wie die Gesetzesfolgen bei der Erstellung des Gesetzentwurfs berücksichtigt wurden.

## Status quo Deutschland

In Deutschland wird der Großteil der erfolgreichen Gesetzentwürfe von der Bundesregierung in den Gesetzgebungsprozess eingebracht. Daher liegt es vor allem in ihrer Verantwortung sicherzustellen, dass die Gesetzesfolgen und ihre Berücksichtigung im Entwurf in der Gesetzesbegründung transparent werden. Die Bundesregierung hat sich in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Ministerien (GGO) verpflichtet, prinzipiell alle wesentlichen beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen von Gesetzen darzustellen. Die GGO enthält konkrete Vorgaben jedoch nur für fiskalische und wirtschaftliche Folgen, das Preisniveau und den Erfüllungsaufwand. Das sind Zeitaufwand und Kosten, die

durch die Umsetzung eines Gesetzes bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung entstehen. Ausdrückliche Vorgaben zur Darstellung von Umweltfolgen oder sozialen Folgen gibt es nicht.

Entsprechend werden in der Praxis häufig nur die in der GGO konkret geforderten Folgen in den Gesetzesbegründungen dargestellt. Weitere Folgen eines Gesetzes, wie die Kosten durch Umweltbelastungen oder die Nutzen durch vermiedene Umweltschäden, werden weniger umfassend oder gar nicht benannt. In der Gesetzesbegründung fehlen dann zum Beispiel Aussagen dazu, ob das Gesetz zum Ausstoß von Treibhausgasen führt, ob Gesundheitsschäden durch die Emission von Luftschadstoffen auftreten, oder ob Ökosysteme zerstört werden, weil Flächen versiegelt werden.

Der Effekt der einseitigen Vorgaben wird noch dadurch verstärkt, dass im Umweltbereich die Methodenentwicklung und Datenerhebung weniger weit entwickelt sind als im Bereich der Wirtschaft. Dies liegt zum einen an ihrer Komplexität, zum anderen daran, dass sie nicht so intensiv gefördert wurden und werden. So gibt es bis heute deutlich intensivere Forschung zu wirtschaftlichen Zusammenhängen als zu den Zusammenhängen in komplexen Ökosystemen oder den Auswirkungen des Klimawandels. Auch Wirtschaftsdaten und Daten zum Erfüllungsaufwand sammelt das Statistische Bundesamt mit deutlich mehr Aufwand als Daten zur Umwelt.

Fehlt eine umfassende, ausgewogene und wissenschaftlich fundierte Darstellung der Gesetzesfolgen, kann eine sachgerechte politische Diskussion über die Folgen von Gesetzen kaum stattfinden. Wenn zum

Beispiel die von einem Gesetz verursachten Umweltschäden nicht offengelegt werden, wird auch sein Gesamteffekt für die Gesellschaft nicht deutlich. Dies kann zur Folge haben, dass ein Gesetz trotz eines negativen Gesamteffekts erlassen wird, zum Beispiel wenn es zwar Unternehmen begünstigt, aber hohe gesellschaftliche Kosten durch den Ausstoß von Treibhausgasen oder Luftschadstoffen verursacht. Umgekehrt können Gesetze mit positivem Gesamteffekt – die zum Beispiel von Unternehmen zusätzliche Investitionen erfordern, um die menschliche Gesundheit zu schützen oder Ökosysteme zu erhalten – abgelehnt werden, wenn ihr Nutzen bei der politischen Entscheidung unberücksichtigt bleibt.

## One-in-one-out-Regel bremst ökologische Innovation

Neben der Beschränkung der Gesetzesfolgen auf den Erfüllungsaufwand erschwert auch die One-in-one-out-Regel der Bundesregierung die objektive Bewertung der Gesetzesfolgen. Gemäß dieser Regel können die Ministerien grundsätzlich nur noch dann Gesetze ins Kabinett einbringen, wenn sie deren direkte, laufende Kosten für die Wirtschaft durch die Aufhebung eines schon bestehenden Gesetzes ausgleichen. Die mittelbaren Folgen für die Wirtschaft – wie Nachfrageeffekte in anderen Branchen oder Vorteile durch Innovationen – bleiben bei dieser Regel ebenso unberücksichtigt wie die Folgen für Bürgerinnen und Bürger, die Umweltfolgen und die sozialen Folgen. Deutlich wird dies am Beispiel eines Gesetzes, welches zur Verbesserung der Luftqualität die Betreiber von Industrieanlagen dazu verpflichtet, aufwendigere Filteranlagen

gen zu betreiben. So ein Gesetz wird nach der One-in-one-out-Regel lediglich danach bewertet, welche laufenden Kosten es den Betreibern der Industrieanlagen verursacht. Die Gewinne für die Unternehmen, die die Filter herstellen, und für die Handwerksbetriebe, die diese einbauen und warten, bleiben ebenso unberücksichtigt wie die positiven Effekte der besseren Luftqualität auf die menschliche Gesundheit und den Zustand von Ökosystemen. Darüber hinaus muss das Umweltministerium die Kosten für die Anlagenbetreiber durch die Rücknahme anderer Umweltgesetze kompensieren.

## EU agiert ausgewogener

Auf der europäischen Ebene ist die EU-Kommission der entscheidende Akteur bei der Gestaltung von Regelungsvorschlägen. Sie beschränkt – im Gegensatz zur Bundesregierung – ihre Anforderungen an die Darstellung der Folgen einer Regelung nicht auf die direkten Kosten ihrer Umsetzung und vermeidet damit eine grundlegende Schiefelage. Vielmehr sehen die Handlungsanleitungen (Better Regulation Guidelines und Toolbox)<sup>(1)</sup> grundsätzlich vor, in den Folgenabschätzungen alle relevanten Folgen zu berücksichtigen, das heißt auch die Folgen für Umwelt und soziale Ziele.

Ein im Auftrag des UBA erarbeiteter Forschungsbericht<sup>(2)</sup> kommt zwar zu dem Ergebnis, dass die Generaldirektionen diesem Anspruch in Bezug auf die Umweltfolgen nicht immer gerecht werden. Im Vergleich zu Deutschland ist die Darstellung von Gesetzesfolgen jedoch – durch ihre breitere inhaltliche Ausrichtung und durch die Art ihrer institutionellen Verankerung – deutlich ausgewogener. Darüber hinaus besteht in der EU der Anspruch, in den Impact Assessments alle relevanten Folgen – soziale, ökologische und wirtschaftliche – gleich zu gewichten, anstatt wie in Deutschland der Wirtschaft durch die One-in-one-out-Regel faktisch Vorrang einzuräumen. Dies schränkt eine spätere politische Schwerpunktsetzung nicht ein, versucht aber eine möglichst objektive Information von Parlament, Rat und Öffentlichkeit. Die EU-Kommission hat sich bisher klar gegen die Festsetzung quan-

titativer Ziele zum Bürokratieabbau und die Einführung der One-in-one-out-Regel positioniert<sup>(3)</sup>. Sie begründet das unter anderem damit, dass diese ein Deregulierungsrisiko bergen und ihre Fähigkeit einschränken würden, neue, objektiv notwendige gesetzliche Regelungen einzuführen. In einigen Ländern, in denen quantitative Abbauziele bestehen, sieht die Kommission sogar bereits negative Auswirkungen auf den politischen Anspruch neuer gesetzlicher Regelungen. Ungeachtet dieser Argumente versuchen Deutschland und andere Mitgliedsstaaten, quantitative Abbauziele und die One-in-one-out-Regel auch in der EU zu verankern.

## Empfehlungen: Mehr Gewicht auf Umwelt und Soziales

Wir benötigen in Deutschland eine Praxis der Gesetzesfolgenabschätzung, die eine ausgewogene und umfassende Berücksichtigung der Folgen für die Umwelt und soziale Belange sicherstellt und mindestens den Ansprüchen der EU-Folgenabschätzung genügt. Diese würde auch die Zivilgesellschaft darin unterstützen, mit ihrem Fachwissen die Vollständigkeit und Richtigkeit der dargestellten Gesetzesfolgen zu überprüfen, sowie den Belangen Umwelt und Soziales im demokratischen Meinungsbildungsprozess ein angemessenes Gewicht zu verleihen. Um dies zu erreichen, empfiehlt das UBA folgende Reformen:

### 1. Gesetzesfolgen transparent, ausgewogen und umfassend darstellen

Die Bundesregierung sollte den Gesetzgeber und die Zivilgesellschaft in der Gesetzesbegründung ausgewogen über die wesentlichen beabsichtigten und unbeabsichtigten Folgen der von ihr eingebrachten Gesetzentwürfe informieren. Bei den Folgen für die Umwelt gehören dazu beispielsweise die Menge der emittierten Treibhausgase und Luftschadstoffe, die Umwandlung von Flächen oder die Zerstörung von Ökosystemen. Die ökologischen Folgen dürfen bei der Darstellung – ebenso wie die sozialen Folgen – nicht weniger Gewicht erhalten als die wirtschaftlichen Folgen. Zudem müssen die Folgen für die

Gesamtwirtschaft dargestellt werden, anstatt sich auf die Betrachtung der einzelwirtschaftlichen Kosten der vom Gesetz direkt betroffenen Branchen zu beschränken. Die Folgenabschätzung darf nicht bereits von der politischen Prioritätensetzung beeinflusst werden, die Ermittlung der Folgen sollte wissenschaftlichen Grundsätzen genügen und ihre Darstellung sollte umfassend und nachvollziehbar sein.

### 2. Wissenschaftliche Grundlagen verbreitern

Die Bundesregierung sollte im Rahmen ihrer Forschungsförderung die wissenschaftliche Forschung zu ökologischen und zu sozialen Zusammenhängen sowie zur Weiterentwicklung der Methoden der Folgenabschätzung stärken. Außerdem sollte sie die Kapazitäten für die Erhebung der erforderlichen Daten ausweiten. Dies ist erforderlich, um Lücken bei der Abschätzung von Umweltfolgen zu schließen, die bisher noch an vielen Stellen bestehen, beispielsweise bei der Bewertung von Folgen für Ökosysteme.

### 3. One-in-one-out-Regel abschaffen

Die Bundesregierung sollte die One-in-one-out-Regel abschaffen, denn sie priorisiert einseitig die Belange der Wirtschaft gegenüber ökologischen und sozialen Zielen und gegenüber den Belangen der Bürgerinnen und Bürger. Dadurch gefährdet sie die Erreichung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie.

Der Artikel ist eine gekürzte Version des gleichnamigen UBA-Positionspapiers vom Juni 2018. Im Zweifel gilt der Originaltext ([www.kurzlink.de/uba-gesetzfolgen2018](http://www.kurzlink.de/uba-gesetzfolgen2018)).

## Anmerkungen

- ▶ (1) [https://ec.europa.eu/info/better-regulation-guidelines-and-toolbox\\_en](https://ec.europa.eu/info/better-regulation-guidelines-and-toolbox_en)
- ▶ (2) Vettori et al., 2016: Darstellung von Umweltfolgen in den Gesetzesfolgenabschätzungen der EU, UBA-Texte 96/2017
- ▶ (3) [www.kurzlink.de/swd2017\\_675](http://www.kurzlink.de/swd2017_675)

Dr. Astrid Matthey arbeitet im Umweltbundesamt im Fachgebiet für Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen, nachhaltiger Konsum.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)340 / 21032146,  
E-Mail: [astrid.matthey@uba.de](mailto:astrid.matthey@uba.de)  
[uba.de](http://uba.de), [www.uba.de](http://www.uba.de)



## Degrowth-Konferenz

# Dialog in turbulenten Zeiten

Nur Umverteilung von Vermögen sowie Erwerbs- und Sorgearbeit bringt echten gesellschaftlichen Wandel

**Im August hat die Postwachstumsbewegung in Malmö auf der 6. Internationalen Degrowth-Konferenz über Wege aus einem auf Raubbau beruhenden Wirtschaftssystem diskutiert. Um die Ausgestaltung auf dem Weg zu einer ökologisch-sozialen Transformation und Strategien, Ziele und Zielgruppe der Bewegung ging es bei einem gemeinsamen Workshop von DNR und Umweltbundesamt. ■ VON THERESA KLOSTERMEYER UND ELENA HOFMANN, DNR**

Unserem aktuellen Wirtschaftssystem wohnt die Logik inne, immer mehr Ressourcen zu verbrauchen und Schadstoffe zu produzieren. Kreislaufwirtschaft, Erneuerbare und Effizienzgewinne sind wichtige Bausteine für zukunftsfähiges Wirtschaften. Eine vollständige Entkopplung wird jedoch in einem exponentiell wachsenden System nicht funktionieren. So hat beispielsweise die Ressourceneffizienz in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte gemacht, an den absoluten Verbräuchen hat sich dadurch jedoch fast nichts verändert. Die globalen Konsequenzen unseres Wirtschaftens sind uns allen aus ökologischer und menschenrechtlicher Perspektive wohl bekannt.

Die internationale Postwachstumsbewegung hat sich auf den Weg gemacht, nach neuen Ansätzen zu suchen, eine Wirtschaft zu gestalten, die dieser Lage Rechnung trägt. Der Bewegung ist durchaus bewusst, dass es Bereiche gibt, in denen es schwer wird, sich von der Abhängigkeit vom Wirtschaftswachstum, welches ohnehin schon seit Jahren stagniert, zu trennen. Trotz oder gerade wegen dieser zerstörerischen Abhängigkeit bemüht sie sich größer und langfristiger zu denken. Denn je später wir umsteuern, desto schwieriger wird es und desto radikaler müssen die Einschnitte sein.

Postwachstum versteht sich dabei als ein Konzept für den Globalen Norden und meint einen gesteuerten Übergang in eine Postwachstumsgesellschaft – „Degrowth by design, not by disaster“. Die Postwachstumsbewegung kämpft für einen emanzipatorischen und demokratischen Wandel zu einer wachstumsunabhängigen, nachhaltigen Gesellschaft, in der die Bedürfnisse aller befriedigt werden können. Die „In-

ternationalen Postwachstumskonferenzen für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit“, die seit 2008 alle zwei Jahre stattfinden, sind in diesem weltweiten Aufbruch unterschiedlichster Akteure quasi das Klassentreffen der Bewegung. Seit der ersten Konferenz 2008 in Paris finden sie immer mehr Anklang vor allem in Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik. Im August dieses Jahres trafen sich etwa 700 Degrowth-AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und andere Interessierte in Malmö zum „Dialog in turbulenten Zeiten“.

### Führen wirklich alle Wege nach Rom?

In der Postwachstumsbewegung verorten sich ForscherInnen, AktivistInnen und PraktikerInnen gleichermaßen. Teile der Bewegung beziehungsweise verschiedene Strategien lassen sich unterscheiden in:

- ▶ Aktivismus und Protest,
- ▶ Implementieren von Politikmaßnahmen (zum Beispiel im Bereich Suffizienz),
- ▶ das Ausprobieren neuer Praktiken in sogenannten Realen Utopien (zum Beispiel in Projekten der solidarischen Landwirtschaft oder genossenschaftlich organisierter Unternehmen),
- ▶ Forschung, Wissensvermittlung und -weitergabe
- ▶ Netzwerkarbeit.

Eine große Herausforderung der Bewegung ist, dass sich die verschiedenen Akteursgruppen über Strategien, Prioritäten und Analyse uneins sind und relativ wenig gemeinsam reflektieren. Der DNR hatte daher in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) auf der Konferenz in Malmö einen partizipativen Workshop organisiert,

in dem es Raum gab, die eigenen Strategien innerhalb der Bewegung zu betrachten und dabei anhand einer professionellen Methodik zu hinterfragen: Was sind unsere Ziele? Was sind die Strategien, diese zu erreichen und wer ist dabei eigentlich unsere Zielgruppe?

### Unkontrollierte Wirtschafts- und Finanzwelt verstärkt Politikverdrossen

Aber warum halten wir das für notwendig? Der Titel der diesjährigen wachstumskritischen Konferenz in Malmö drückt anschaulich aus, welche These dem Workshop zugrunde liegt und welcher Anspruch daraus resultiert: „Dialog in turbulenten Zeiten“. Diese unruhigen Zeiten stehen für eine außer Kontrolle geratene Wirtschafts- und Finanzwelt, in der Demokratie marktkonform zu sein hat und bestimmte Politikmaßnahmen als „alternativlos“ gelten. Es ist bekannt, dass dies bei vielen Menschen, gerade den besonders Abgehängten, wiederum zu Phänomenen wie Vertrauensverlust und Politikverdrossenheit führt. Besonders bitter ist, dass diese Situation immer wieder von RechtspopulistInnen ausgenutzt wird und in Fremdenfeindlichkeit und Abschottungsansätzen mündet. Das Gefühl der Machtlosigkeit ist Ausdruck der realen Situation, dass tatsächlich wenig politischer Handlungsspielraum, wenig demokratische Mitentscheidung und insgesamt nur sehr begrenzte Möglichkeiten für größer gedachte Veränderung existieren.

Die totale Ausrichtung der Politik an Wirtschaftswachstum ist ein maßgeblicher Grund für diese Handlungsunfähigkeit. Die Unterordnung der Politik unter das höchste Ziel, permanent das Bruttoinlandsprodukt

zu steigern und so vermeintlich für sozialen Frieden zu sorgen, hat zu massiven sozialen Schieflagen innerhalb unserer Gesellschaft geführt. Wie eine Droge hat uns der vermeintliche Zwang, Produktion und Dienstleistung immer mehr auszuweiten, abhängig und dadurch praktisch handlungsunfähig gemacht.

Was ist in den letzten 40 Jahren nicht alles getan worden im Sinne des Wirtschaftswachstums? Agenda 2010, „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes, Verlust sicherer Arbeitsverhältnisse, riesiger Niedriglohnsektor, Sparzwang, Anhebung des Rentenalters und vieles mehr. Durch die Politik der Privatisierung wird diese Entwicklung in ihrer schädlichen Wirkung noch potenziert. Dass der Markt nur sehr bedingt für eine gerechte Verteilung sorgt und erst recht nicht bei öffentlichen Gütern, Sorgearbeit oder Bildung funktioniert, hat sich in den letzten Jahrzehnten schmerzlich gezeigt. Vor allem wurde dabei die politische Handlungsfähigkeit, also Veränderungsprozesse tatsächlich zu gestalten und einzugreifen, wo Ungerechtigkeiten entstehen, aus der demokratischen Hand gegeben.

### Handlungsspielräume zurückgewinnen

Bei der Konferenz in Malmö wurde deutlich, dass die Postwachstumsbewegung sich dieser Herausforderung sehr bewusst ist. Debatten über Makrothemen wie politische Systeme und politische Ökonomie fanden sich in zahlreichen Veranstaltungen. Auch ganz konkrete Politikfelder, in denen neue Ideen notwendig sind, wie Arbeit und Zeit, Sorgearbeit und die soziale Sicherung ohne Wirtschaftswachstum wurden diskutiert. Auffällig war, dass trotz des Konferenzortes im hohen Norden viele Südeuropäer ange-reist waren. Die Auswirkungen von Spardiktat und Privatisierungszwang sind den Menschen gerade dort nur allzu vertraut.

In diesen „turbulenten Zeiten“ stehen wir also vor der Situation, das heutige Generationen erstmals damit konfrontiert sind, dass es ihnen Kindern nicht besser gehen wird als ihnen selbst. Die Menschen haben das Vertrauen verloren, dass das aktuelle politische System es schafft, gute Veränderungen für alle, auch für die, deren Stimmen

nicht gehört werden, zu erringen. Politische Handlungsspielräume für Veränderungen zurückzugewinnen muss also erstes Ziel einer sozialökologischen Transformation sein, um ihre Ausgestaltung überhaupt erst zu ermöglichen. Dafür ist eine Loslösung vom Wachstumszwang als der alle anderen gesellschaftlichen Ziele überschattender politischer Auftrag bitter nötig.

### Veränderungen für wen?

Doch ist dies nur ein sehr grundsätzliches Ziel. Die Ausgestaltung auf dem Weg dahin ist offen. Auch darum ging es bei der Konferenz: Wie und von wem muss Veränderung ausgestaltet werden, wer entscheidet, wie unsere zukünftige Wirtschaft aussieht? Sprich: Mit wem sind wir als Bewegung im Dialog und für wen machen wir unsere Politik? Betrachten wir unsere Ziele und Strategien ausreichend hinsichtlich ihrer Wirkungen auf sowieso schon benachteiligte gesellschaftliche Gruppen? Wem überlassen wir die Ausgestaltung der großen Veränderungen? Den Unternehmen? Dem Markt? Oder einem demokratischen Gefüge, in dem die BürgerInnen direkt oder indirekt Einfluss nehmen können – und das nicht nur durch Kaufentscheidungen –, in dem PolitikerInnen Handlungsspielräume haben, auch über große Linien zu entscheiden und Veränderungen aktiv zu gestalten?

Im Workshop versuchten DNR und UBA – in ihrer jeweiligen Rolle als übergeordnete und daher eher vernetzende, unterstützende Institutionen –, den Aktiven aus unterschiedlichen Bewegungsfeldern Raum zu geben, ihre Arbeit hinsichtlich dieser Fragen zu reflektieren. So gibt es konservative WachstumskritikerInnen, die nur darauf pochen, die Menschen mögen doch den Gürtel enger schnallen und den Sozialstaat durch freiwilliges Engagement, eine Kultur der Almosen und vornehmlich weibliche Familienarbeit zu ersetzen. Das kann nicht der Weg der Wahl sein – gerade nicht in Zeiten, in denen sich prekäre Lebensverhältnisse ausbreiten und die Menschen große Sorge vor dem gesellschaftlichen Abstieg haben. Diese Postwachstumsperspektive war bei der Konferenz in Malmö nicht vertreten. Es handelt sich hierbei eher um

das konservative, wirtschaftsliberale Spektrum der Wachstumskritik, das sich nicht mit einer Bewegung von unten identifiziert oder identifizieren kann, da es dort keine Unterstützung findet.

Die AkteurInnen vor Ort denken an vielen Stellen wesentlich weiter. Sie fragen, wie mittels tief greifender Veränderung mehr Gerechtigkeit für alle geschaffen werden kann. So fordern sie beispielsweise eine massive Umverteilung der Vermögen – nicht zuletzt um die Unmengen an anlage-suchendem Kapital an den Finanzmärkten aus dem Verkehr zu ziehen – und wollen zudem eine demokratische Investitionslenkung. Über die Umverteilung hinaus fordern sie in puncto Arbeit und sozialer Sicherung eine gerechte Verteilung produktiver Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung sowie eine bessere Verteilung von Sorgearbeit.

Zudem diskutierten die TeilnehmerInnen Ideen, die über einen nachhaltigen Liberalismus hinausgingen, die neben Steuern und anderen marktförmigen Mechanismen auch Konzepte rund um gemeingüterbasierte Wirtschafts-demokratie ins Visier nahmen. Die also – um den Bogen zu schließen – die Suche nach der demokratischen Handlungsfähigkeit wieder in den Vordergrund rücken.

Degrowth ist auch das Schwerpunktthema der aktuellen ökopädNews ab S. 37 in diesem Heft.

Theresa Klostermeyer ist Referentin für Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Wandel beim DNR.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 781775-87,  
E-Mail:  
theresa.klostermeyer@dnr.de,  
www.dnr.de



Elena Hofmann ist Referentin für EU-Klima- und Energiepolitik beim DNR.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 781775-79,  
E-Mail: elena.hofmann@dnr.de



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Kunststoffstrategie**Bioplastik ist keine Lösung**

■ Das EU-Parlament hat Mitte September ihre Erklärungen zur Plastikstrategie und zu Chemikalien in Sekundärrohstoffen verabschiedet. 597 von 637 ParlamentarierInnen sprachen sich für den Beschluss zur Plastikstrategie von Berichterstatter Mark Demesmaeker (EKR, Belgien) aus. Dieser beinhaltet einige Forderungen, die über den Vorschlag der EU-Kommission hinausgehen. So sieht er neue Standards und Definitionen für Bioabbaubarkeit und Kompostierfähigkeit, Anreize, um Plastikmüll im Meer einzusammeln, und ein vollständiges Verbot von oxo-abbaubarem Plastik bis 2020 vor. Oxo-abbaubare Kunststoffe sind nicht biologisch abbaubar, sondern zerfallen in Mikroplastik. Die Abgeordneten sprachen sich auch für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetik- und Reinigungsprodukten bis 2020 aus. Qualitätsstandards für recyceltes Plastik sollen dafür sorgen, dass ein einheitlicher und stabiler Markt für sekundäre Kunststoffe entsteht.

Zudem forderten die Abgeordneten, dass giftige Chemikalien in Sekundärrohstoffen verboten werden. Nur so könne es gelingen, einen stabilen und sicheren Markt für recycelte Kunststoffe aufzubauen. [km]

- ▶ Bericht zur Plastikstrategie:  
[www.kurzlink.de/ep-plasticstrategy](http://www.kurzlink.de/ep-plasticstrategy)
- ▶ Bericht zur Schnittstelle zwischen Abfall-, Chemikalien- und Produktrecht:  
[www.kurzlink.de/ep-interface](http://www.kurzlink.de/ep-interface)

Abfallbehandlung**Neue beste verfügbare Technik**

■ Die Europäische Union will Umweltverschmutzung vermeiden und veröffentlicht deshalb im Rahmen der Richtlinie

über Industrieemissionen sogenannte Referenzdokumente (BREF). Darin sind die aktuell besten verfügbaren Techniken (BVT) aufgeführt, beispielsweise zur Beseitigung oder Verwertung von gefährlichen Abfällen (über 10 Tonnen pro Tag) oder zur Beseitigung oder Verwertung nicht gefährlicher Abfälle.

Sie bieten den zuständigen Behörden für Anlagegenehmigungen den Rahmen, um Auflagen für Emissionsgrenzwerte und andere Umweltthemen festzulegen. Die BVT-Schlussfolgerungen für die Abfallbehandlung sind Mitte August im EU-Amtsblatt veröffentlicht worden. [jg]

- ▶ Pressemitteilung des EU-Wissenschaftszentrums:  
[www.ec.europa.eu/jrc/en/news/new-eu-environmental-standards-waste-treatment](http://www.ec.europa.eu/jrc/en/news/new-eu-environmental-standards-waste-treatment)

Vermüllung der Ozeane**Weltweite Abfallgebühr für Schiffe**

■ Ein internationaler Aktionsplan soll helfen, Plastik- und andere Abfälle zu bekämpfen, die von Schiffen ins Meer gelangen. Ein entsprechender Vorschlag, den die EU der Internationalen Seeschiffahrtsorganisation IMO machen wird, ist vorab öffentlich geworden.

In ihrem Entwurf des Aktionsplans, der dem Umweltnachrichtendienst Ende Europe vorliegt, schlägt die EU eine indirekte Müllentsorgungsgebühr für alle Schiffe vor. Indirekt heißt, dass Schiffe grundsätzlich und unabhängig davon, ob sie Abfälle im Hafen entladen, eine Abgabe zahlen müssen. Dadurch erhalten sie jedoch auch das Recht, ihren Müll ohne zusätzliche Gebühren an Land zu entsorgen. Dieser Mechanismus soll verhindern, dass Schiffe ihre Abfälle vorher illegal ins Meer kippen, um Kosten zu sparen.

Das nächste Treffen des zuständigen IMO-Ausschusses für den Schutz der Meeresumwelt findet Ende Oktober statt. [km]

- ▶ ENDS Europe zum Entwurf (kostenpflichtig):  
[www.kurzlink.de/ends-ships-waste-imo](http://www.kurzlink.de/ends-ships-waste-imo)

Bisphenol A**Erneute Prüfung**

■ Eine neue Arbeitsgruppe der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) überprüft ab September das Risiko des Weichmachers Bisphenol A (BPA) in Materialien mit Lebensmittelkontakt.

Die WissenschaftlerInnen beziehen in die Analyse neueste Erkenntnisse ein, die seit der letzten Risikoabschätzung veröffentlicht wurden. Bis zum 15. Oktober sammelt die EFSA Studien und Daten zu den Auswirkungen von BPA auf die menschliche Gesundheit, die die Arbeitsgruppe im Anschluss untersuchen und auswerten wird. Bis 2020 soll das Gremium die Gefahren des Stoffs neu beurteilen und überprüfen, ob der aktuelle Grenzwert ausreichend Sicherheit bietet.

Seit Anfang September liegt der Grenzwert für BPA in Materialien mit Lebensmittelkontakt bei 0,05 Milligramm pro Kilogramm. Der Stoff kann sich laut Europäischer Chemikalienagentur (ECHA) negativ auf die Fruchtbarkeit auswirken. In Babyflaschen darf er nicht mehr verwendet werden. 2017 stuft die ECHA BPA außerdem als hormonell wirksamen Stoff ein. [km]

- ▶ Ankündigung der EFSA:  
[www.efsa.europa.eu/en/press/news/180904](http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/180904)

REACH-Zulassung**Mehr Transparenz**

■ Die Europäische Chemikalienagentur (ECHA) veröffentlicht seit August Informationen über Unternehmen, die zulassungspflichtige Stoffe im Verlauf der Lieferkette verwenden. Damit reagiert die Behörde auf Forderungen nach mehr Transparenz.

Stoffe, die im Rahmen der EU-Chemikalienverordnung REACH als „besonders besorgniserregend“ (substance of very high concern, SVHC) eingestuft werden, dürfen ab einem bestimmten Datum nur noch mit Genehmigung hergestellt, importiert und verwendet werden. Die EU erteilt solche

Genehmigungen für Hersteller und auch für Unternehmen, die die Substanz nach der Herstellung verwenden. Wenn ein solcher nachgeschalteter Anwender den Stoff benutzt, muss er die ECHA darüber in Kenntnis setzen. Öffentlich zugängliche Informationen über diese Verwendungen und darüber, welche Angaben die Nutzer einreichen müssen, standen bisher nicht zur Verfügung. Das neue Register auf der Webseite der ECHA listet die nachgeschalteten Anwender von SVHC nun auf und informiert über die Menge und Art der Verwendung. [km]

- Register der ECHA über nachgeschaltete Anwendungen: [www.echa.europa.eu/de/regulations/reach/downstream-use-notifications#register](http://www.echa.europa.eu/de/regulations/reach/downstream-use-notifications#register)

## EU-Chemikalienpolitik

### Zu langsam

■ Zehn europäische Umwelt- und GesundheitsministerInnen haben die EU-Kommission Ende Juli aufgefordert, ihre Arbeit im Bereich der Chemikalienpolitik zu beschleunigen. In ihrem Brief an die Exekutive der EU zeigten sie sich „ernsthaft darüber besorgt“, dass einige wichtige Initiativen der EU-Chemikalienpolitik bisher nicht umgesetzt wurden. Ein verantwortungsvoller Umgang mit Chemikalien sei für den Schutz von Mensch und Umwelt von entscheidender Bedeutung und könne zudem die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der EU fördern. „Um noch weitere Verzögerungen zu vermeiden“, solle die Kommission die geplanten Initiativen deshalb noch in dieser Amtszeit – also bis Mai 2019 – vorlegen.

Eine dieser Initiativen ist die Strategie für eine giftfreie Umwelt, die bis 2018 von der Kommission erarbeitet werden soll. Auch die Strategie für den Umgang mit Arzneimitteln in der Umwelt, die seit 2015 immer wieder verschoben wurde, steht auf der Liste der MinisterInnen. Sie fordern außerdem ein schnelleres Vorgehen der Kommission in Bezug auf die Strategie für Hormongifte und das integrierte Rahmenwerk für Produktpolitik in einer Kreislaufwirtschaft. [km]

- Brief an die EU-Kommission: [www.files.chemicalwatch.com/Ministerletter.pdf](http://www.files.chemicalwatch.com/Ministerletter.pdf)

## DNR-Steckbrief

### Wie steht es um REACH?

■ Die REACH-Verordnung reguliert den Umgang mit Chemikalien in der EU und soll dafür sorgen, dass keine gefährlichen Stoffe in die Umwelt gelangen. Wurde dieses Ziel elf Jahre nach Inkrafttreten der Richtlinie erreicht? Wie geht die EU tatsächlich mit Schadstoffen um? Die EU-Koordination informiert.

Im März veröffentlichte die EU-Kommission ihre Bewertung der Chemikalienverordnung („REACH Review“). Im aktualisierten Steckbrief zum REACH Review erfahren Sie, welche Probleme die EU-Kommission bei der Umsetzung von REACH identifiziert hat, welche Fortschritte es bisher gab und wie die Chemikalienregulierung in Zukunft verbessert werden soll. Auch die Reaktion von Umweltverbänden auf die Einschätzung der Kommission haben wir für Sie zusammengefasst. [km]

- Aktualisierter Steckbrief REACH Review: [www.dnr.de/index.php?id=12600](http://www.dnr.de/index.php?id=12600)

## Schiffsemissionen

### Immer noch groß und dreckig

■ Die große Mehrheit der Kreuzfahrtschiffe verwendet weiterhin dreieckiges Schweröl und verzichtet auf Rußpartikelfilter und Stickoxiddkatalysatoren. Zu dem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Umweltverbands NABU. Nur eins von 76 analysierten Schiffen wird nicht mit Schweröl betrieben. Selbst acht neue Schiffe, die 2018 auf den Markt kamen, enthalten keine wirksame Abgastechnik. NABU-Bundesgeschäftsführer Leif Miller fordert von der Politik Einfahrverbote für schmutzige Kreuzfahrtschiffe in Hafenstädte und besonders schützenswerten Regionen ab 2020. Anders könnten die Anwohner und sensiblen Ökosysteme nicht vor den schäd-

## Nachhaltigkeit

### A-Z



## N

### wie Naturkatastrophe

1997 trat die Oder über ihre Ufer, Dämme brachen, Tausende Menschen verloren all ihr Hab und Gut – eine Naturkatastrophe mitten im zivilisierten Deutschland. Wie gehen die Betroffenen damit um, wie haben sie die Situation wahrgenommen, und welche Schlüsse wurden gezogen? Dieses Buch gibt Einblicke in den Umgang und die Deutung von Szenarien, die den Kern neuer Probleme in sich bergen können.

M. Böcker

**Aus Katastrophen lernen?**  
Wahrnehmungen, Deutungen und  
Konsequenzen des Oderhochwassers von  
1997

312 Seiten, broschiert, 34,95 Euro,  
ISBN 978-3-86581-484-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

lichen Auswirkungen der Kreuzfahrtindustrie geschützt werden. [km]

- NABU-Kreuzfahrttracking:  
[www.nabu.de/news/2018/08/25034.html](http://www.nabu.de/news/2018/08/25034.html)

## EU-Luftqualitätspolitik

### So geht es nicht weiter

■ Der Europäische Rechnungshof hat Mitte September einen Sonderbericht über die Luftqualität in der EU veröffentlicht. Darin kritisieren die VerfasserInnen unwirksame Maßnahmen der EU gegen Luftverschmutzung und fordern strengere Grenzwerte. „Schwache Rechtsvorschriften und die unzulängliche Umsetzung der Politik“ führten dazu, dass die BürgerInnen der EU Feinstaub-, Stickstoff- und Ozonwerten in gesundheitsschädlichen Höhen ausgesetzt sind. Mitgliedstaaten verstoßen dem Rechnungshof zufolge zu häufig gegen die Vorgaben aus der EU, die überdies noch zu locker seien. Die EU-Grenzwerte seien schwächer als die von der Weltgesundheitsorganisation herausgegebenen Leitlinien und entsprächen nicht mehr dem aktuellen wissenschaftlichen Kenntnisstand.

Der Rechnungshof empfiehlt deshalb der EU-Kommission, „wirksamere Maßnahmen“ gegen die Luftverschmutzung zu ergreifen, die Luftqualitätsrichtlinie zu aktualisieren und die Luftqualitätspolitik zu priorisieren. Sie sollte auch im Rahmen anderer EU-Politikmaßnahmen durchgängig berücksichtigt werden. [km]

- Bericht vom Europäischen Rechnungshof:  
[www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=46723](http://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=46723)

## Luftschadstoffe I

### Deutschland verpasst EU-Frist

■ Die Bundesregierung hat zum Stichtag Mitte August die EU-Vorschrift zu neuen Grenzwerten für Luftschadstoffe von Industrieanlagen nicht in nationales Recht übertragen. Umweltverbände kritisierten

dies. Vor einem Jahr beschloss die EU mit einer Mehrheit von 20 der 28 EU-Staaten schärfere Grenzwerte für Stickoxide, Schwefeldioxid, Feinstaub und Schwermetalle ab August 2021. Die Regelung betrifft in Deutschland Heizwerke, Elektrizitätswerke und vor allem Kohlekraftwerke. Diese Anlagen machen rund zwei Drittel aller industriellen Luftverschmutzung aus.

Besonders umstritten dürfte der Grenzwert für Stickoxidemissionen aus Braunkohlekraftwerken sein. Ab 2021 dürfen diese nur noch maximal 175 Milligramm Stickoxid je Kubikmeter ausstoßen. In Deutschland sind es momentan bis zu 200 Milligramm. Die deutsche Kohleindustrie sowie vier Bundesländer versuchten bislang erfolglos, die neuen Standards zu verwässern.

Umweltverbände wie der BUND, die Klima-Allianz Deutschland und die Deutsche Umwelthilfe kritisierten die Untätigkeit und das Fristversäumnis. Wie der Deutschlandfunk berichtete, begründete das Bundesumweltministerium die Verzögerung damit, dass die EU-Vorgaben komplex seien. Die Klima-Allianz Deutschland berichtete aus informellen Gesprächen im Ministerium, dass mit der Umsetzung wohl erst Ende 2019 zu rechnen sei. [aw]

- Meldung Deutschlandfunk:  
[www.kurzlink.de/dlf-frist-grenzwerte](http://www.kurzlink.de/dlf-frist-grenzwerte)
- BUND: [www.kurzlink.de/bund-frist-grenzwert](http://www.kurzlink.de/bund-frist-grenzwert)

## Luftschadstoffe II

### Mogelpackung Grenzwerte

■ Wie das Europäische Umweltbüro (EEB) Anfang August berichtete, wollen mehrere EU-Länder die EU-Kommission dazu drängen, die Grenzwerte für Luftschadstoffe rückwirkend anzuheben.

Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Luxemburg, Österreich, Spanien, Ungarn und das Vereinigte Königreich streben anscheinend an, die Grenzwerte für Stickoxide, Ammoniak und flüchtige organische Verbindungen ohne Methan in der Luft nach oben anzuheben.

Nach der Luftqualitätsrichtlinie sind Bestandsanpassungen unter bestimmten Umständen möglich. Zum Beispiel können unvorhergesehene Emissionsquellen eine Änderung des Grenzwertes rechtfertigen. Die elf EU-Staaten argumentieren mit zusätzlichen Emissionen aus dem Verkehr, die im Zuge des Dieselskandals aufgedeckt worden seien. Man habe sich auf die Zahlen der Automobilhersteller berufen. Jedoch seien die tatsächlichen Emissionen erheblich höher. [aw]

- Metamag-Artikel des EEB:  
[www.kurzlink.de/metamag-air-limits](http://www.kurzlink.de/metamag-air-limits)

## Luftqualitätsmessung

### Keine Daten, kein Problem?

■ Eine Messaktion der Deutschen Umwelthilfe (DUH) liefert neue Daten über die Luftqualität in Deutschland: In 115 Städten und Gemeinden ist die Luft schlechter als erlaubt – in vielen davon gibt es keine offiziellen Messstellen, die Grenzwertüberschreitungen dokumentieren können.

AnwohnerInnen, Vereine und Rundfunkanstalten ermittelten als „Passivsammler“ im Juni die Konzentration von Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) in der Luft. Dabei untersuchten sie auch Städte, in denen bisher keine amtlichen Messungen durchgeführt werden und die deshalb auch nicht am „Sofortprogramm Saubere Luft“ der Bundesregierung teilnehmen können. In acht der Städte lag die Belastung über dem Grenzwert von 40 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m<sup>3</sup>).

Die Sammler positionierten die Messstellen sowohl in zwei Metern als auch in einem Meter Höhe. Offizielle Messwerte beschreiben die Luft in zwei Meter Höhe, die NO<sub>2</sub>-Belastung in niedrigerer Höhe – der vor allem Kinder ausgesetzt sind – ist in vielen Fällen jedoch höher.

DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch fordert die Bundesregierung auf, „schnellstmöglich Maßnahmen für die ‚Saubere Luft‘ an den meistbelasteten Orten“ zu ergreifen und ihre Hilfe auf alle Städte auszudehnen, „die unter gesund-

heitlich bedenklichen NO<sub>2</sub>-Werten, das heißt oberhalb von 20 µg/m<sup>3</sup> leiden“. [km]

- Ergebnisse der DUH-Messung:  
[www.duh.de/abgasalarm](http://www.duh.de/abgasalarm)

## KLIMA & ENERGIE

### Vor dem UN-Klimagipfel

## Es bleibt viel Arbeit

■ Die Zwischenverhandlungen im September in Bangkok für die UN-Klimakonferenz im Dezember sind nach Einschätzung von Germanwatch ohne nennenswerte Fortschritte zu Ende gegangen.

Im Mittelpunkt standen die Umsetzungsregeln für das Pariser Klimaabkommen. Zwar gab es bei einigen zentralen Punkten für das Regelhandbuch deutliche Fortschritte, beispielsweise bei den Vorschriften zur Transparenz der Maßnahmen für Klimaschutz und -anpassung. Bei anderen Elementen waren die politischen Differenzen aber so groß, dass noch keine konkreten Textentwürfe erarbeitet werden konnten.

„Es ist ein Wettlauf gegen die Zeit“, sagte Rixa Schwarz, Teamleiterin für Internatio-

nale Klimapolitik bei Germanwatch. „Bis zum Klimagipfel Anfang Dezember muss noch intensiv am Text des Regelbuchs gearbeitet werden. Aber für einen erfolgreichen Gipfel in Katowice brauchen wir nicht nur ein gutes Regelbuch, sondern auch mehr Klarheit über die finanzielle Unterstützung für Klimaschutz, Klimaanpassung und den Umgang mit Klimawandelfolgen in den ärmsten Ländern.“ [aw]

- Bangkok-Konferenz:  
[www.kurzlink.de/unfccc-bangkok-0918](http://www.kurzlink.de/unfccc-bangkok-0918)
- Germanwatch: [www.germanwatch.org/de/15848](http://www.germanwatch.org/de/15848)

### Klimaschutz global

## Engagierte Städte, Regionen und Unternehmen

■ Im September hat in San Francisco der globale Klimaschutzgipfel (Global Climate Action Summit) stattgefunden. Dort verpflichteten sich öffentliche und private Akteure zu einer beschleunigten Umsetzung der Ziele des Klimaabkommens von Paris. Über 100 Regierungschefs, BürgermeisterInnen und UnternehmerInnen haben sich das Ziel von Netto-Null-Emissionen bis spätestens 2050 gesetzt. Nach Ansicht der Klimaschutz- und Entwick-

lungsorganisation Germanwatch sind folgende Äußerungen ebenso relevant: Dem globalen Zusammenschluss für den Kohleausstieg bis spätestens 2030 sind zehn weitere Regionen und Städte beigetreten. Fast 500 Unternehmen haben sich wissenschaftsbasierte Klimaziele gesetzt, die mit dem Pariser Klimaabkommen kompatibel sind. Gut 400 InvestorInnen, die gemeinsam 32 Billionen US-Dollar verwalten – darunter die Allianz –, haben sich zu eigenen Klimazielen und zu stärkerem Engagement für Klimaschutz bei den Unternehmen, in die sie investieren, bekannt.

Germanwatch warnte zugleich, dass Deutschland den Anschluss verpassen könnte. „In San Francisco haben sich Hunderte von Bundesstaaten, Regionen, Städten, Unternehmen und Investoren zu mehr Klimaschutz verpflichtet. Währenddessen lässt aber die NRW-Landesregierung im Hambacher Wald Baumhäuser räumen und Bäume fällen, damit noch mehr klimaschädliche Braunkohle abgebaut werden kann. Dieser Kontrast zwischen Hambach und San Francisco könnte nicht gewaltiger sein“, sagte Christoph Bals, politischer Geschäftsführer von Germanwatch. [aw]

- GCAS: [www.globalclimateactions summit.org](http://www.globalclimateactions summit.org)
- Germanwatch: [www.germanwatch.org/de/15867](http://www.germanwatch.org/de/15867)

# Nachhaltigkeit

## A-Z

Brigitte Bertelmann, Klaus Heide (Hrsg.)  
**Leben im Anthropozän**  
Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit

## G wie Gerechtigkeitsfrage

Der Mensch ist im Zeitalter des Anthropozän zu einem geologischen Faktor geworden. Weil von den negativen Folgen zuerst Ausgebeutete in den Ländern des Südens betroffen sind, stellt sich im Anthropozän die alte Gerechtigkeitsfrage in neuer Schärfe und neuer Gestalt. Daher brauchen wir eine »kulturelle Revolution«, so Papst Franziskus. Auch die christliche Theologie und die Kirchen können und sollten entscheidend zur sozialökologischen Transformation beitragen – dies wird im Anthropozän zu einer Hauptaufgabe der Kirchen.

**B. Bertelmann, K. Heide (Hrsg.)**  
**Leben im Anthropozän**  
Christliche Perspektiven für eine Kultur der Nachhaltigkeit  
352 Seiten, broschiert, 20,- Euro, ISBN 978-3-96238-060-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft

## Globale Erderhitzung

### Bedenkliche Rekorde

■ Die US-amerikanische Meteorologische Gesellschaft (AMS) und die Nationale Meeres- und Atmosphärenbehörde (NOAA) haben in ihrem 28. Jahresbericht State of the Climate 2017 gemeldet, dass die Emissionen der drei schädlichsten Treibhausgase Kohlendioxid, Methan und Lachgas 2017 neue Rekordausmaße erreichten. 2017 sei das drittheiße Jahr seit Beginn der Wetteraufzeichnungen.

Darüber hinaus erreichte der Anstieg des Meeresspiegels einen Höchstwert. Er liege mittlerweile fast acht Zentimeter höher als 1993. Die weltweite kombinierte Oberflächentemperatur von Land und Wasser erzielte beinahe einen neuen Spitzenwert. Die Eisdecken in Arktis und Antarktis verzeichneten die historisch niedrigste Ausdehnung.

Inzwischen liegt die weltweite Kohlendioxidkonzentration bei 405 ppm (parts per million). Seit den frühen Sechzigerjahren habe sich der Anteil von CO<sub>2</sub> in der Erdatmosphäre fast vervierfacht. Auch die globale Temperatur an Land wie in den Ozeanen sei „bemerkenswert hoch“ gewesen. Sie lag nur knapp unter dem Rekordwert 2016. Die zehn heißesten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen ereigneten sich alle seit 1998, die vier wärmsten davon seit 2014. [aw]

- Klimabericht 2017:  
[www.kurzlink.de/noaa-bericht-2017](http://www.kurzlink.de/noaa-bericht-2017)

## Europäische Atomkraft

### Straßburg pro Atomforschung

■ Das Europäische Parlament hat im September dem Bericht zum Vorschlag des Rates über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung (2019–2020) innerhalb des Programms für Forschung und Innovation Horizont 2020 zugestimmt. Das Budget dafür beträgt 770 Millionen Euro.

„Aus Protest gegen die rückwärtsgerichtete Pro-Atom-Linie einer Mehrheit

der Abgeordneten“ will die zuständige Berichterstatterin Rebecca Harms (Grüne, Deutschland) ihren Namen vom Bericht zurückziehen. „Statt in die Forschung zu Stilllegung und zur Endlagerung hoch radioaktiven Mülls zu investieren, wird weiter Geld für Forschung in neue Reaktortechnologien aus dem Fenster hinausgeworfen, die nicht zur Lösung unserer Energieprobleme beitragen werden,“ kritisierte Harms.

Eine Woche zuvor hatte EU-Klimakommissar Miguel Arias Cañete auf einem Wirtschaftstreffen in Madrid erklärt, Atomenergie werde bis 2050 ein wichtiger Teil des Energiemix der EU bleiben, berichtet der Umweltinformationsdienst ENDS Europe. Dies erfordere Investitionen in Sicherheit und Technologie, für die Schließungskosten sowie den Umgang mit den Abfällen. Bis 2050 schätze er die Gesamtinvestitionen auf 660 bis 770 Milliarden Euro. [jg]

- EU-Parlament:  
[www.kurzlink.de/ep-atom-110918](http://www.kurzlink.de/ep-atom-110918)
- ENDS (kostenpflichtig):  
[www.endseurope.com/article/53650](http://www.endseurope.com/article/53650)
- Reaktion Rebecca Harms:  
[www.kurzlink.de/harms-atom-110918](http://www.kurzlink.de/harms-atom-110918)

## Atomkraftwerk Hinkley Point C

### Österreich geht in Berufung

■ Mitte Juli hatte das Gericht der EU (EuG) eine Klage Österreichs zurückgewiesen. Das Alpenland hatte mit Unterstützung Luxemburgs gegen einen Beschluss der EU-Kommission geklagt. Die EU-Kommission hatte 2014 Beihilfen der britischen Regierung an den Kraftwerksbetreiber für den Bau des dritten Atommeilers Hinkley Point C in der Grafschaft Somerset gebilligt. Das EuG erkannte jedoch keine Verletzung der unionsrechtlichen Beihilfenvorschriften.

Gegen das Urteil des EuG will Österreichs Nachhaltigkeitsministerin Elisabeth Köstringer (ÖVP) nun in Berufung gehen. Atomkraft sei keine Zukunftstechnologie und dürfe nicht mit Steuergeldern finan-

ziert werden, zitiert die österreichische Kronen Zeitung Köstinger. Darüber hinaus diene die Förderung und Errichtung neuer AKWs nicht dem Interesse der Europäischen Union.

Der Umweltinformationsdienst ENDS Europe berichtete, dass die britische Regierung den Betreibern einen minimalen Abnahmepreis von 92,5 Pfund pro Megawattstunde für 35 Jahre vertraglich zugesichert habe. Die von ENDS befragte EU-Abgeordnete Molly Scott Cato (Grüne, Großbritannien) begrüßte den Plan Österreichs, in Berufung zu gehen. Hinkley Point habe überhaupt nur gebaut werden können, weil die britische Regierung Subventionen weit über dem marktüblichen Preis zahle. Aus ihrer Sicht widerspreche das den europäischen Vorschriften. [jg]

- EuG: [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180104de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180104de.pdf)
- ENDS (kostenpflichtig):  
[www.endseurope.com/article/53599](http://www.endseurope.com/article/53599)
- Kronen Zeitung: [www.krone.at/1765221](http://www.krone.at/1765221)

## Ökodesign

### LED-Leuchten lösen Halogenlampen ab

■ Seit dem 1. September dürfen in allen 28 EU-Mitgliedstaaten keine energieintensiven Halogenlampen mehr hergestellt werden. Damit ist die letzte Stufe der EU-Lampenverordnung in Kraft getreten.

Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur sind in erster Linie die meist birnen- und kerzenförmigen Leuchten der Energieklasse D mit nicht gebündeltem Licht betroffen. Stattdessen sollen künftig Energiesparlampen und LEDs in den Handel gelangen. Dadurch soll der EU-Kommission zufolge jährlich so viel Strom gespart werden, wie Portugal in einem Jahr verbraucht. Ausnahmen soll es für platte Spotlampen, wie sie in Deckenstrahlern genutzt werden, und für Halogenleuchten in Schreibtischlampen oder Flutlichtern geben. Restbestände anderer Halogenlampen dürfen auch nach

dem Stichtag noch verkauft werden. Derzeit prüft die EU-Kommission, wie es in Sachen Ökodesign weitergehen könnte. Studien sollen das Einsparpotenzial von Wasserkochern, Handtrocknern, Hochdruckreinigern oder Aufzügen ermitteln. Allerdings hatte die Kommission im Juli dieses Jahres Abstimmungen über neue Standards bei Ökodesign und Energiekennzeichnung für Elektro- und Haushaltsgeräte verschoben. [aw]

- ▶ EU-Info: [www.eu-info.de/dpa-europaticker/288564.html](http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/288564.html)
- ▶ EU-Verordnung 1194/2012 über Anwendung von Lampen: [www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32012R1194](http://www.eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX%3A32012R1194)

## EU-Klimaklage

### Erste Hürde genommen

■ Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat im August der Klage von zehn Familien gegen das Europäische Parlament und den Ministerrat stattgegeben. Die Familien aus sechs EU-Staaten, Kenia und Fidschi sowie ein Jugendverband des indigenen Volkes der Samen hatten im Mai dieses Jahres beim EuG Klage gegen zentrale Klimaschutzgesetze der EU eingereicht.

Die KlägerInnen sind der Auffassung, dass das 2030-Ziel der EU, den Ausstoß von klimaschädlichen Treibhausgasen um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern, zu niedrig ist – angesichts der dramatischen Folgen des Klimawandels. Die Grundrechte auf Leben, Gesundheit, Eigentum und Arbeit könnten nicht geschützt werden.

Die Klage bezieht sich auf die Richtlinie des Emissionshandelssystems für die vierte Handelsperiode (2021 bis 2030), die Klimaschutz-Verordnung (vormals Lastenteilung, Effort Sharing Regulation) und die Verordnung zur Landnutzung, Landnutzungsänderung und Forstwirtschaft (LULUCF). Die KlägerInnen wollen erreichen, dass das EU-Parlament und der Rat diese gerade erst beschlossenen Gesetze annullieren.

Sowohl das EU-Parlament als auch der Ministerrat haben nun zwei Monate Zeit, um auf die Klage zu reagieren. [aw]

- ▶ EuGT-330/18 (Seite 40-42 im PDF): [www.kurzlink.de/eurlex-ojeu-130818](http://www.kurzlink.de/eurlex-ojeu-130818)
- ▶ CAN Europe: [www.caneurope.org/publications/press-releases/1641](http://www.caneurope.org/publications/press-releases/1641)

## EU-Emissionshandel

### Handelssystem gewinnt scheinbar an Fahrt

■ Einer Studie der britischen Denkfabrik Carbon Tracker zufolge könnte der Preis für eine Tonne CO<sub>2</sub> im Zeitraum 2019 bis 2023 auf 35 bis 40 Euro ansteigen. Den enormen Anstieg führen die AutorInnen der Studie auf neue Steuerungselemente im europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) zurück. Mit der Marktstabilitätsreserve, die ab 1. Januar 2019 in Kraft tritt, sollen massenhaft überschüssige Emissionshandelsrechte vom Markt verschwinden. Laut dem Bericht wird sich ein Zertifikatsdefizit im Umfang von insgesamt rund 1,4 Milliarden Tonnen CO<sub>2</sub> ergeben.

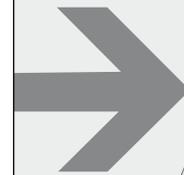
Weiter heißt es, dass das ETS in den vergangenen 16 Monaten der „heißeste Rohstoffmarkt der Welt“ gewesen sei. Seit Mai 2017 ist der Preis für europäische Emissionszertifikate um 310 Prozent gestiegen; seit Jahresbeginn 2018 um 120 Prozent. Weiter steigende Preise könnten letztendlich den Wechsel von Kohle auf Erdgas begünstigen, so die AutorInnen.

Der größte Treibhausgasemittent Europas, der deutsche Energiekonzern RWE, hat jedoch offenbar vorgesorgt. Wie das Nachrichtenportal Bloomberg Mitte August mitteilte, kaufte RWE Millionen CO<sub>2</sub>-Zertifikate auf Vorrat, als der Preis noch bei 5 Euro dümpelte. Das Zertifikate-Polster soll laut Bloomberg bis 2022 reichen. [aw]

- ▶ Carbon Tracker: [www.carbontracker.org/reports/carbon-countdown](http://www.carbontracker.org/reports/carbon-countdown)
- ▶ Bloomberg zu RWE: [www.kurzlink.de/rwe-ets-140818](http://www.kurzlink.de/rwe-ets-140818)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## T wie Transformationswerkzeug

Dieses fachübergreifende Lehrbuch für Studierende und Studieninteressierte gibt einen umfassenden Überblick zur nachhaltigen Entwicklung – und bietet darüber hinaus neue Vorschläge zu deren weiterer Ausgestaltung. Von einem interdisziplinären Autorenteam verfasst, spannt es einen Bogen von der »Erfindung« der Nachhaltigkeit bis hin zu aktuellen Ansätzen politischer und ökonomischer Transformation. Es richtet sich auch an interessierte Laien und alle »Transformateure«, die sich für eine nachhaltige Entwicklung einsetzen.

P. L. Ibisch, H. Molitor, A. Conrad, H. Walk, V. Mihotovic, J. Geyer

**Der Mensch im globalen Ökosystem**  
Eine Einführung in die nachhaltige Entwicklung

416 Seiten, broschiert, vierfarbig,  
mit zahlreichen Abbildungen, 29,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-011-3

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

## Nord Stream 2

### ClientEarth erhebt Klage

■ Die Umweltrechtsorganisation Client Earth hat im September beim Obersten Verwaltungsgericht Schwedens Beschwerde eingelegt, um den Bau eines 510 Kilometer langen Abschnitts der Nord Stream 2-Gaspipeline in schwedischen Gewässern zu stoppen.

Die Organisation hält die Baudokumente für unvollständig und ungenau, da sie die Auswirkungen der Pipeline auf die Meeresfauna in der Ostsee nicht berücksichtigten. ClientEarth warnte darüber hinaus, dass Nord Stream 2 die Energiesicherheit gefährdete, weil sie die EU von fossilen Brennstoffen noch abhängig mache. Zudem könne der Bau der Gaspipeline negative Auswirkungen auf die Entwicklung erneuerbarer Energien in Mittelosteuropa haben.

Im Mai hatte ClientEarth eine ähnliche Beschwerde in Finnland eingereicht, um den Bau der Pipeline durch finnische Hoheitsgewässer zu stoppen. Insgesamt wird die bereits im Bau befindliche Pipeline entlang des Meeresbodens der Ostsee etwa 1.200 Kilometer lang sein.

Die kürzlich vom Naturschutzbund NABU eingereichte Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gegen den Bau von Nord Stream 2 hatte keinen Erfolg gehabt. [jg]

- ▶ ClientEarth:  
[www.kurzlink.de/ce-nostream2-120918](http://www.kurzlink.de/ce-nostream2-120918)
- ▶ Urteil des BVerfG:  
[www.kurzlink.de/bverfg-nostream-0718](http://www.kurzlink.de/bverfg-nostream-0718)

## Causa Kohleausstieg

### Wald in Hambach retten

■ Mitte September hat die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen die Räumung von Camps im Hambacher Wald angeordnet. Damit soll offenbar der Weg für Rodungen geebnet werden, um den Braunkohleabbau im Tagebau Garzweiler auszuweiten. Der Energiekonzern RWE hatte die Fortsetzung der Rodungen

angekündigt und somit direkt die Verhandlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung (WSB) torpediert.

Kai Niebert, DNR-Präsident und Mitglied der Kohlekommission, kommentierte: „Mit dem fadenscheinigen Argument des Brandschutzes machen sich CDU und FDP in NRW zum Brandstifter und heizen den Konflikt um die Kohle an. Eine Rodung vor Mitte Oktober ist gerichtlich nicht möglich. RWE hätte sich sogar vorstellen können, mit den Rodungen bis Mitte Dezember zu warten, um der Kohlekommission die Möglichkeit zu lassen, einen Ausstiegsfahrplan für die Kohle vorzulegen. Die heutige Räumung durch die Landesregierung ist eine Respektlosigkeit gegenüber den Menschen vor Ort und der Kohlekommission und fahrlässig gegenüber dem Klimawandel.“

In einer gemeinsamen Erklärung betonten der DNR und seine Mitgliedsverbände BUND, campact, Deutsche Umwelthilfe, Germanwatch, NABU, Naturfreunde, WWF sowie Greenpeace, dass die Kohleverstromung in Deutschland bis 2020 halbiert und der Kohleausstieg bis spätestens 2030 vollzogen sein muss.

„Wir stehen für Verbindlichkeit. Einerseits für einen sozial gerechten, strukturell begleiteten Kohleausstieg, andererseits für die wissenschaftsbasierte Umsetzung der Temperaturlimits des Pariser Klimaabkommens. Dafür braucht es die ambitionierte zusätzliche Abschaltung von Kapazitäten. Was nun öffentlich als ‚Kompromisslinie‘ skizziert worden ist, wäre klimapolitisch ein Schlag ins Wasser“, monierte Niebert.

Wegen des Todes eines Journalisten, der von einer Hängebrücke im Wald gestürzt war, wurden Ende September die Räumungen vorläufig eingestellt. Für den 6. Oktober ist eine Demonstration von KlimaschützerInnen im Hambacher Wald geplant. [aw]

- ▶ [www.kurzlink.de/dnr-pm-170918](http://www.kurzlink.de/dnr-pm-170918)
- ▶ [www.kurzlink.de/dnr-statement-130918](http://www.kurzlink.de/dnr-statement-130918)
- ▶ [www.hambacherforst.org](http://www.hambacherforst.org)
- ▶ Kommission WSB: [www.kommission-wsb.de/WSB/Navigation/DE/Home/home](http://www.kommission-wsb.de/WSB/Navigation/DE/Home/home)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Faire Textilien

### Kommt der grüne Knopf?

■ Mitte August haben die Mitglieder des Textilbündnisses in Deutschland erstmals ihre Pläne veröffentlicht, was sie tun, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen, faire Löhne und eine saubere Umwelt zu erreichen.

Gleichzeitig plant Bundesentwicklungsminister Gerd Müller (CSU), ein neues Textilsiegel einzuführen mit dem Namen „Grüner Knopf“. Dieser soll Verbraucherinnen und Verbrauchern signalisieren, welche Bekleidung sie bedenkenlos kaufen können. Das Bündnis unterstützt die Pläne, aber einige Mitglieder sind skeptisch. Manchen geht das Siegel zu weit, andere befürchten, dass der Grüne Knopf nicht hält, was er verspricht.

Das Textilbündnis ist 2014 als Reaktion auf den Einsturz der Textilfabrik Rana Plaza in Bangladesch im Jahr davor gegründet worden. Damals waren mehr als tausend Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben gekommen. Die Ziele des Bündnisses sind soziale und ökologische Mindeststandards in der Textilproduktion. Dem Bündnis gehören neben Unternehmen auch Wirtschaftsverbände, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen – etwa die Kampagne für Saubere Kleidung – an. Gisela Burckhardt von der Kampagne sagte, es ließe sich kaum beurteilen, wie groß der Fortschritt gegenüber dem Vorjahr sei, weil die Unternehmen die Analyse ihrer Ausgangslage nicht veröffentlichten mussten. Trotz der Kritik machen die Menschenrechts- und Entwicklungsorganisationen weiter mit. Sie hoffen darauf, dass sich Arbeits- und Umweltbedingungen in den globalen Zulieferfabriken dank der Arbeit des Bündnisses verbessern.

Die Maßnahmenpläne listen Fortschritte im sozialen und ökologischen Bereich auf. Am konkretesten sind hier die Schritte im Umweltbereich. Das Bündnis erklärte, dass schrittweise 160 schädliche Substanzen aus der Produktion verbannt werden.

Bis 2020 sollen mindestens 35 Prozent nachhaltige und Biobaumwolle für die Kleiderherstellung verwendet werden.

[mbu]

- ▶ Textilbündnis: [www.textilbuendnis.com](http://www.textilbuendnis.com)
- ▶ Kampagne Saubere Kleidung: [www.saubere-kleidung.de](http://www.saubere-kleidung.de)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### EU-Agrarpolitik und Nachhaltigkeit

## Was nicht passt, wird passend gemacht

■ Wie nachhaltig ist die europäische Landwirtschaftspolitik? Der DNR und das Forum Umwelt und Entwicklung analysieren in einem neuen Steckbrief, ob die Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) mit den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung übereinstimmt.

Die EU debattiert derzeit weitreichend über ihre Zukunft. Auch wenn die Schlagzeilen über das Ringen um den nächsten EU-Haushalt von Migration, Sicherheit und Zukunft der Eurozone dominiert werden, steht auch der GAP eine Reform ins

Haus. Am 1. Juni 2018 stellte EU-Agrarkommissar Phil Hogan seine Pläne für die neue GAP in der Finanzperiode 2021–2027 vor. Das Ergebnis dieses politischen Reformprozesses wird die Landwirtschaft in Europa im kommenden Jahrzehnt prägen.

Ein wichtiger Orientierungsrahmen für die Debatte liegt bereits vor: die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs), die ein breites Spektrum von Zielen bis 2030 festlegen. Zu deren Erfüllung hat sich auch die Europäische Union verpflichtet.

[lr/km]

- ▶ Steckbrief zu GAP und SDGs (PDF): [www.kurzlink.de/dnr-gap-sdg-09-2018](http://www.kurzlink.de/dnr-gap-sdg-09-2018)

### Agrarsubventionen

## EU-Hilfe für dürregeplagte Landwirte

■ Die EU-Kommission hat im August BäuerInnen in mehreren EU-Staaten Unterstützung zugesagt, die von der langen extremen Trockenheit dieses Jahres betroffen sind. Konkret kündigte die Kommission zwei Maßnahmen an. Zum einen sollen LandwirtInnen bis zu 70 Prozent der Direktzahlungen sowie bis zu 85 Prozent

der Zahlungen für die ländliche Entwicklung bereits Mitte Oktober – und nicht wie üblich erst im Dezember – erhalten. Zum anderen will Brüssel die Vorschriften beim Greening teilweise aufheben. Den LandwirtInnen werde so größere Flexibilität gewährt. Sie sollen Brachflächen nutzen dürfen, um Viehfutter zu produzieren. Denn zahlreiche Weiden geben für die Versorgung von Nutztieren nicht mehr genug her.

Deutsche Umweltschutzorganisationen kommentierten die in Deutschland diskutierten Hilfsmaßnahmen. Die Bundesregierung habe die Aufgabe, das Ausmaß der Klimakrise durch Emissionsreduktionen bei Energie, Verkehr und Landwirtschaft zu reduzieren, betonte der BUND.

Der NABU forderte, die Landwirtschaft deutlich naturverträglicher und widerstandsfähiger gegen die Folgen der Klimakrise auszurichten. Die aktuelle Trockenperiode sei ein Alarmsignal, Wetterextreme würden sich in Zukunft häufen. Bislang jedoch blieben die Bundesregierung und die EU Antworten schuldig, wie sie die Landwirtschaft besser auf Wetterextreme einstellen wollen.

Deutschland brauche ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Ursachen der Erderhitzung, hieß es beim WWF. Der Dürreipfel könne gegen die Dürre so wenig ausrichten wie ein Glas Wasser gegen einen Großbrand.

[aw]

## Alle Macht den Räten!

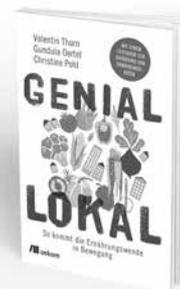
Ernährungsräte wollen unser Ernährungssystem relokalisieren. Dazu müssen sie zu einem wichtigen Instrument einer modernen Kommunalpolitik werden. Das Buch zeigt die Energie dieser Vernetzung auf und will dazu beitragen, dass sich Städte wieder aus der Region ernähren.

Va. Thurn, G. Oertel, C. Pohl

**Genial lokal**  
So kommt die Ernährungswende in Bewegung: Mit einem Leitfaden zur Gründung von Ernährungsräten



oekom verlag, München  
ca. 224 Seiten, Klappenbroschur  
20,- Euro  
ISBN: 978-3-96238-055-7  
Erscheinungstermin: 03.09.2018  
Auch als E-Book erhältlich



oekom.de

DIE GUTEN SEITEN DER ZUKUNFT



- ▶ EU-Kommission zu Dürrehilfe:  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP-18-4801)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-duerrehilfe2018](http://www.kurzlink.de/bund-duerrehilfe2018)
- ▶ NABU: [www.kurzlink.de/nabu-duerre-klima18](http://www.kurzlink.de/nabu-duerre-klima18)
- ▶ WWF Deutschland:  
[www.wwf.de/2018/juli/verbrannte-erde](http://www.wwf.de/2018/juli/verbrannte-erde)

## Gentechnikrecht I

### Wo Gentechnik drin ist, muss dies auch draufstehen

■ Der Europäische Gerichtshof (EuGH) hat Ende Juli festgestellt, dass das EU-Gentechnikrecht auch für neue gentechnische Verfahren – etwa die sogenannte Genschere – gilt. Damit ist für Lebensmittel, die durch diese Methoden verändert wurden, eine Risikobewertung und Kennzeichnung erforderlich.

Durch das Grundsatzurteil wird verhindert, dass mit neueren Methoden genmodifizierte Lebensmittel ohne Kennzeichnung in die Supermärkte gelangen. Neuere Verfahren der sogenannten gezielten Mutagenese fielen unter die geltenden EU-Regeln, erklärte das EuGH in Luxemburg (Rechtssache C-528/16). Für Lebensmittel, die etwa durch Genome Editing verändert wurden, gilt die Kennzeichnungspflicht. Pflanzen, die durch die neuere Art der Mutagenese erzeugt wurden, müssen auf ihre Sicherheit geprüft werden, bevor sie für den Markt in der EU zugelassen werden.

Undine Kurth, Vizepräsidentin des Deutschen Naturschutzrings, bezeichnete das Urteil als großen Erfolg auf europäischer Ebene, das den Schutz von Umwelt und Gesundheit über wirtschaftliche Interessen stelle. „Die immer wieder auftretenden unbeabsichtigten Effekte dieser Genome-Editing-Verfahren stehen im offenen Widerspruch zur Behauptung einer sicheren Technologie. Als sicher kann nur gelten, dass einmal in die Natur entlassene Organismen nicht wieder zurückgeholt werden können. Das verpflichtet die Politik zur sorgfältigen Abwägung, welcher Nutzen dieses Risiko überhaupt rechtfertigen kann“, betonte sie.

Aus Anlass des Urteils forderten Anfang Juli zahlreiche Entwicklungs-, Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzorganisationen in einer gemeinsamen Resolution, die neuen gentechnischen Verfahren nach dem Gentechnikrecht zu regulieren (siehe auch Artikel, S. 2). [mbu]

- ▶ EuGH-Entscheid:  
[www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2018-07/cp180111de.pdf)
- ▶ Gemeinsame Resolution:  
[www.dnr.de/fileadmin/Positionen/180703\\_resolution\\_neue\\_gentechnik.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/180703_resolution_neue_gentechnik.pdf)

## Gentechnikrecht II

### Cibus-Raps ist doch Genraps

■ Dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zu neuen gentechnischen Methoden von Ende Juli zufolge gelten die herbizidresistenten Rapsarten der kanadischen Firma Cibus als gentechnisch verändert. Das teilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) im August nach erneuter Prüfung mit und zog damit seine anderslautende Einschätzung aus dem Jahr 2015 zurück.

Gegen den Bescheid des BVL von Februar 2015 hatte ein Bündnis aus zahlreichen Landwirtschafts-, Umwelt- und anderen zivilgesellschaftlichen Verbänden gemeinsam mit Saatgut-Initiativen und betroffenen Unternehmen Widerspruch und Klage erhoben. Koordiniert wird das Bündnis von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Mit dem Gerichtsverfahren war sichergestellt, dass der Cibus-Raps vorläufig nicht auf deutsche Felder gelangte.

Der EuGH entschied im Juli, dass alle mit Verfahren der Mutagenese gewonnenen Pflanzen und Tiere gentechnisch veränderte Organismen (GVO) im Sinne der EU-Freisetzungsrichtlinie sind. Demnach müssen etwa Pflanzen, die mit der sogenannten Genschere modifiziert worden sind, auf ihr Risiko geprüft und gekennzeichnet werden und nachverfolgbar sein. Die laut EuGH-Urteil zulässigen Ausnah-

men gelten nicht für die von der Firma Cibus verwendete Technologie mit dem Namen Rapid Trait Development System (RTDS). Diese verändert das Erbgut mittels kurzer, im Labor synthetisierter DNA-Sequenzen, die in die Zelle eingeführt werden. Das Klägebündnis begründete seinen Widerspruch mit dem Argument, dass das zur Erzeugung des Rapses verwendete RTDS-Verfahren nach dem EU-Gentechnikgesetz zu regulieren sei. Zudem verwiesen die Kläger auf die fehlende Zuständigkeit des BVL.

Der Vorsitzende des BUND Hubert Weiger bezeichnete die Argumentation des BVL als „rechtswidrige Position“ und lobte die Rücknahme des Bescheids: „Unser Engagement gegen Gentechnik hat sich gelohnt. Auch auf die neuen Gentechnikverfahren ist das Vorsorgeprinzip anzuwenden, denn auch sie bergen Risiken für Mensch und Natur.“ [mbu]

- ▶ BVL Fachmeldung:  
[www.kurzlink.de/bvl-cibusraps08.2018](http://www.kurzlink.de/bvl-cibusraps08.2018)
- ▶ Gemeinsame PM von Abl und BUND:  
[www.kurzlink.de/abl-bund-cibusraps18](http://www.kurzlink.de/abl-bund-cibusraps18)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

## Europawahlen

### Waldmanifest

■ Das Netzwerk für Wald- und Ressourcenschutz FERN (Forests and the European Union Resource Network) fordert politische Gruppen, KandidatInnen für die Europawahlen und die EU-Staats- und Regierungschefs auf, Wälder besser zu schützen und in Wäldern lebende Völker zu unterstützen. Schwerpunktthemen des Manifests sind: Klimaschutz und Energie, nachhaltige Finanzierung, Regeln für den Handel, die Bekämpfung illegaler Abholzung, eine waldfreundlichere Landwirtschaft und Ernährung sowie ein veränderter Konsum. [jg]

- ▶ [www.fern.org/sites/default/files/news-pdf/EU%20Forest%20Manifesto.pdf](http://www.fern.org/sites/default/files/news-pdf/EU%20Forest%20Manifesto.pdf)

Neonikotinoide**Ersatzstoff ebenfalls umstritten**

■ Sulfoximin-basierte Pestizide, die die umstrittenen und kürzlich verbotenen Neonikotinoide im Freiland ersetzen könnten, haben vermutlich ähnlich schädliche Auswirkungen auf bestäubende Insekten, warnen Forscher der Royal Holloway Universität London. Das berichtet der Umweltinformationsdienst ENDS Europe Daily mit Bezug auf einen Artikel der Zeitschrift Nature vom 15. August. Sulfoxaflor beeinflusst bei dauerhafter Anwendung in freilandtypischen Dosen die Vermehrungsrate und die Gesundheit von Hummelkolonien (*Bombus terrestris*). Der Deutschlandfunk berichtete, dass das Insektizid Sulfoxaflor in mehr als 40 Ländern zugelassen ist – unter anderem in fünf Staaten der EU. Generell würden Wildbienen bei der Zulassung von Insektiziden noch immer viel zu wenig berücksichtigt, zitiert der Sender Studienautor Mark Brown. Das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN Europe hatte bereits im Herbst 2016 gewarnt, auch Sulfoxaflor und Flupyradifuron seien tödlich für Bienen.

Der deutsche Agrochemiekonzern Bayer hat Ende Juli angekündigt, gegen ein Urteil des Gerichts der Europäischen

Union (EuG) vom Mai (umwelt aktuell 06.2018, S. 16), das den Einsatz insekten-schädigender Stoffe (drei Neonikotinoide) teilweise verbietet, in Berufung zu gehen. Das Unternehmen befürchte „weitreichende Konsequenzen für die Sicherheit und Berechenbarkeit von Zulassungen chemischer Substanzen in der EU“. Bayer wolle mit der Berufung erreichen, dass der europäische Gesetzesprozess zum Pflanzenschutz nochmals überprüft werde. Wann mit einer Entscheidung des EuG zu rechnen ist, ist unklar. [jg/aw]

- ▶ ENDS (kostenpflichtig): [www.endseurope.com/article/53523](http://www.endseurope.com/article/53523)
- ▶ Nature: [www.nature.com/articles/s41586-018-0430-6](http://www.nature.com/articles/s41586-018-0430-6)
- ▶ Deutschlandfunk: [www.kurzlink.de/dlf-insekten2018](http://www.kurzlink.de/dlf-insekten2018)
- ▶ PAN: [www.kurzlink.de/pan-sulfoxaflor](http://www.kurzlink.de/pan-sulfoxaflor)
- ▶ Bayer: [www.kurzlink.de/bayer-eug-neonics](http://www.kurzlink.de/bayer-eug-neonics)

Nationalpark Pirin**Urteil pro Naturschutz**

■ Das Oberste Verwaltungsgericht in Bulgarien hat Ende Juli die Regierungspläne für illegal erklärt, große Flächen des Nationalparks Pirin für ein Skigebiet zu opfern. Umweltverbände lobten dies. Wie

das EU-Büro der Umweltstiftung WWF am Montag mitteilte, gewann das Bündnis For the Nature, ein Zusammenschluss zahlreicher Umweltverbände, eine zweite Klage gegen die Regierung in Bulgarien. Nach Auffassung des Gerichts sind die Bebauungspläne für ein erweitertes Skiresort illegal. Darüber hinaus habe die Regierung in Sofia die EU-Vorschriften zur Strategischen Umweltverträglichkeitsprüfung sowie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie nicht ausreichend in nationales Recht umgesetzt.

Im Februar dieses Jahres hatte der WWF Klage gegen die neuen Managementpläne der Regierung für den Nationalpark eingereicht. Im April hatten der WWF und die Koalition For the Nature bereits in erster Instanz Recht bekommen.

Weniger erfreulich ist eine andere Entscheidung von Ende Juli. Wer in Bulgarien in Umweltschutzangelegenheiten klagen will, muss künftig viel Geld zahlen. Das bulgarische Parlament verabschiedete ein Gesetz, das den Zugang zu Gerichten für Nichtregierungsorganisationen, Einzelpersonen und öffentliche Institutionen in Rechtsachen des Umweltschutzes erheblich erschwert. Das berichtete die Umweltschutzorganisation ClientEarth. Vor jeder Klage müssen KlägerInnen künftig eine Gebühr bezahlen. Die Höhe des Betrags

**Nachhaltigkeit****A-Z****B wie Balance**

Eine kluge und nachhaltige Wald- und Holznutzung ist ein Schlüssel zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Dabei bewegt sich die Nutzung von Wald und Holz in einem Spannungsfeld, dessen Pole gleichermaßen wertvoll und wichtig sind: Ohne Biodiversität bricht ein großer Teil der Wirtschaft zusammen – ohne Wirtschaftlichkeit lässt sich Biodiversität nicht sichern. Die Herausgeber Michael Rosenberger und Norbert Weigl und ihre Mitautoren stellen dar, wie beide Aspekte in eine fruchtbare Balance gebracht werden können.

M. Rosenberger, N. Weigl (Hrsg.)  
**Forstwirtschaft und Biodiversität**  
 Interdisziplinäre Zugänge zu einem Brennpunkt nachhaltiger Entwicklung  
 272 Seiten, Hardcover, 32,- Euro, ISBN 978-3-96238-083-0

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei  
 innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



soll sich am Wert der jeweiligen Rechts-sache bemessen. Es gibt eine Obergrenze von 4.500 bulgarischen Lew. Das entspricht rund 2.300 Euro.

Dominique Doyle von ClientEarth hält das beschlossene Gesetz für einen Affront gegen den Umweltschutz, der in internationalem Recht verankert sei. Bulgarische BürgerInnen würden ihrer Rechte beraubt. Nach Informationen des Umweltschlichtendienstes ENDS hat der Präsident Bulgariens Rumen Radev im August das geplante Gesetz mit einem Veto blockiert. Aus seiner Sicht würde das Gesetz die demokratischen und rechtsstaatlichen Grundsätze infrage stellen. Es widerspreche außerdem der Aarhus-Konvention. Allerdings könne, so ENDS, das Parlament das präsidiale Veto wieder aufheben. [aw]

- ▶ WWF zu Pirin: [www.wwf.eu/?uNewsID=332053](http://www.wwf.eu/?uNewsID=332053)
- ▶ ClientEarth zum Umweltklagegesetz: [www.clientearth.org/bulgaria-puts-price-tag-on-environmental-justice](http://www.clientearth.org/bulgaria-puts-price-tag-on-environmental-justice)
- ▶ ENDS (kostenpflichtig): [www.endseurope.com/article/53459](http://www.endseurope.com/article/53459)

### Vogelkrankheit

## Usutu-Virus breitet sich aus

■ Bis Mitte September wurden dem NABU 11.583 Usutu-Verdachtsfälle mit 23.775 betroffenen Vögeln gemeldet. Scheinbar breitet sich das für Vögel meist tödliche Virus seit dem erstmaligen Auftreten 2011 in Deutschland immer weiter aus. Der NABU bittet, kranke oder verendete Tiere zu melden. Das Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin in Hamburg (BNITM) nimmt weiterhin alle eingesandten toten Vögel zur Untersuchung an (Vorsichtsmaßnahmen beachten!, siehe Link). Aus Niedersachsen kam mehr als ein Viertel aller Meldungen. Auch die anderen nördlichen Bundesländer seien stark betroffen. Beim Menschen kann das Virus eine Entzündung der Gehirnhaut verursachen. [jg]

- ▶ [www.nabu.de/news/2018/09/usutu-news.html](http://www.nabu.de/news/2018/09/usutu-news.html)
- ▶ [www.bnitm.de/aktuelles/faq-zum-usutu-virus](http://www.bnitm.de/aktuelles/faq-zum-usutu-virus)

### Aquatische Biodiversität

## Neue Datenplattform gestartet

■ AQUACROSS – so heißt eine Internetplattform, die einen offenen Zugang zu erarbeiteten Projektdaten über aquatische Biodiversität ermöglichen soll. Ziel ist, die ökosystembasierte Bewirtschaftung von Gewässerökosystemen in der Praxis zu verbessern. Eine eigens entwickelte Bewertungsstrategie soll das gesamte Spektrum von Interaktionen in aquatischen Ökosystemen, einschließlich der Wechselwirkungen mit menschlichen Aktivitäten, abdecken.

Dabei geht es um verschiedene Arten aquatischer Ökosysteme, die biologische Vielfalt von Süßwasser-, Küsten- und Meereszonen und Praktiken des Ecosystem-Based Managements (EBM) im Rahmen des AQUACROSS-Projekts. Die Plattform wird vom EU-Programm Horizon 2020 finanziell unterstützt. [jg]

- ▶ <http://dataportal.aquacross.eu>

### Natura-2000-Gebiete

## Pestizide per Helikopter? Nur nach Prüfung!

■ Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) und das Umweltbundesamt (UBA) haben einen Behörden-Leitfaden veröffentlicht, in dem es um Pflanzenschutz mit Luftfahrzeugen in Natura-2000-Schutzgebieten geht. Darin enthalten sind naturschutzfachliche Hinweise für die Genehmigungsprüfung nach EU-Naturschutzrecht. Wenn Beeinträchtigungen durch den Pestizideinsatz nicht sicher auszuschließen sind, müsse in jedem Fall eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden. Behörden dürften nur nach gründlicher Untersuchung eine Genehmigung erteilen. [jg]

- ▶ [www.uba.de/publikationen/pflanzenschutz-luftfahrzeugen-naturschutzfachliche](http://www.uba.de/publikationen/pflanzenschutz-luftfahrzeugen-naturschutzfachliche)

### TIERSCHUTZ & ETHIK

### Missstände

## Fischfang

■ Der Deutsche Tierschutzbund hat Ende August auf Mängel beim Fischfang mit Schleppnetzen im Meer sowie bei der Fischzucht in Aquakulturen hingewiesen. Gleichzeitig bestehe bei den Verbrauchern ein großes Interesse nach mehr Tierschutz und Nachhaltigkeit.

Wie Denise Ade vom Tierschutzverband erklärte, werden nicht nur Fische bei der Fangmethode mit Schleppnetzen innerhalb der Netze zerquetscht, sondern große Grundschleppnetze können auch ganze Ökosysteme zerstören. Laut Ade stellen auch die Zucht in Wassertanks, sogenannte Aquakulturen, und der Transport der Fische wegen fehlender Strukturen eine große Belastung dar.

Gleichzeitig wünscht sich die Mehrheit der Deutschen mehr Tierschutz und Nachhaltigkeit, wie eine Befragung der Eurogroup for Animals, der europäischen Dachorganisation der Tierschutzverbände, zeigt. Demnach wären 86 Prozent der befragten Verbraucher auch bereit, mehr Geld für derart zertifizierte Produkte auszugeben. Für die Verbraucher wäre es ein erster Schritt, auf gängige Kennzeichnungen, wie das Bio-Siegel und das EU-Bio-Logo zu achten und den Konsum möglichst zu reduzieren, empfahl Denise Ade. [kh]

- ▶ [www.tierschutzbund.de/news-storage/artenschutz/220818-tag-der-fische/](http://www.tierschutzbund.de/news-storage/artenschutz/220818-tag-der-fische/)

### Europäische Bürgerinitiative

## „Käfighaltung jetzt beenden“

■ Vom 11. September 2018 bis 11. September 2019 sammelt eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) Unterschriften gegen die Einpferchung von Tieren.

Ziel ist es, die „unmenschliche Behandlung von Nutztieren“ zu beenden, die in Käfigen gehalten werden. Die Organisato-

## „Für einen erfolgreichen Wandel muss man alle Beteiligten mit ins Boot holen“

**Weltweit treibt der Klimawandel Menschen in die Flucht. Aufgrund der Erderwärmung verlieren sie ihre Lebensgrundlage und ihre Heimat. Auch hierzulande führt der Strukturwandel zur Verdrängung aus gewohnter Umgebung. Nur eine gerecht gestaltete Klimapolitik kann dagegen erfolgreich sein. Und die muss rasch umgesetzt werden, findet Sabine Schlacke vom WBGU.**

**Im Dezember treffen sich die Vertragsstaaten der UN-Klimarahmenkonvention in Kattowitz. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) fordert aus diesem Anlass in einem Politikpapier von August eine zeitgerechte Klimapolitik. Was bedeutet das?**

Wir haben diesen Begriff bewusst mit Bindestrich versehen. Zunächst mal die Zeitlichkeit: Wir brauchen eine sehr rasche und wirksame Klimapolitik, die eine Dekarbonisierung des gesamten Energiesystems zur Folge hat. Mit rasch meine ich rechtzeitig. Wir müssen die Transformation, auch in Form von Strukturwandelprozessen für den Klimaschutz – etwa Abschaltung der Kohlekraftwerke – in den Blick nehmen. Dort wird auf Zeit gespielt und es heißt, wenn wir das alles in die Zukunft verschieben, sei genug Zeit, um diese Regionen auch ökonomisch und sozial zu wandeln – „raus aus der Braunkohle“. Aber rechtzeitig bedeutet, nicht 2050 anzufangen, sondern im Grunde 2020, und zwar weltweit. Das haben alle Klimawissenschaftler unisono mittlerweile doch sehr deutlich gemacht.

**Klimawandelbedingte Klagen nehmen zu. Der WBGU empfiehlt einen Rechtsschutz für geschädigte Privatpersonen – wie kann der aussehen?**

Ganz wichtig ist, den Zugang zu Rechtsschutz zu gewährleisten. Aber wir haben überall nationale Rechtssysteme und der Rechtsschutz scheidet schon daran, dass die Betroffenen, das sind die Klimawandelgeschädigten wie der peruanische Landwirt, nicht genügend Geld haben, um eine sehr risikobehaftete Klage in einem anderen Land durchzuführen. Es fehlt also an den finanziellen Möglichkeiten, die Prozessrisiken sind sehr hoch. Es sollte einen Fonds geben, der diese Klagen bezahlt und da könnte auch von Regierungsseite aus Geld reinfließen.

**Der Klimawandel ist ein globales Phänomen mit globalen Auswirkungen. Was hat es mit dem Klimapass auf sich?**

Wie wollen deutlich machen, dass die Gerechtigkeitsfrage nicht nur für diejenigen gilt, die von Strukturwandelprozessen zugunsten des Klimaschutzes betroffen sind, sondern dass wir auch die in den Fokus nehmen müssen, die durch den Klimawandel geschädigt wer-

den. Und zwar teilweise derart geschädigt, dass ihnen im wahrsten Sinn des Wortes ihre Lebensgrundlage, nämlich ihr Grund und Boden entzogen wird. Zum Beispiel die Bewohnerinnen und Bewohner kleiner Inselstaaten. Wenn die Inselstaaten nicht mehr existieren, wo gehen diese Menschen dann hin? Der Staat hat kein Territorium mehr, über das er Macht ausübt, im Grunde sind das Staatenlose. Daher die Idee für das Instrument, das schon mal Fridtjof Nansen beim Völkerbund kreiert hat für die Staatenlosen nach dem Ersten Weltkrieg. Es ist nur gerecht, dass die Staaten, vor allen Dingen die Industriestaaten, ein Reisedokument anbieten, das auch ein Aufenthaltsrecht gewährleistet. Denn wer hat eigentlich den Klimawandel verursacht? Das ist aus Gerechtigkeitsgründen und rechtstheoretischen Überlegungen etwas, das einen Ausgleich schaffen könnte. Das haben wir sehr zugespitzt, es ist ein Nadelstich in die derzeitige Debatte um die Migrationspolitik.

**Stichwort Kohle – hier ist es fünf vor zwölf: Wie ist ein gerechter Übergang in den deutschen Kohleregionen zu bewerkstelligen?**

Diesen gerechten Übergang soll die sogenannte Kohlekommission vordenken und der Politik dann anbieten. Im Kern geht es darum zu sagen, wann ist der Zeitpunkt, an dem wir endgültig schließen, und zwar den Tagebau. Und welche Mittel müssen in die Region fließen. Der letzte Zeitpunkt hängt davon ab, was der Staat machen kann. Es werden nicht die Kohleabbauzulassungen entzogen, sondern es geht ja um das Abschalten von Kohlekraftwerken analog zu den Kernenergieanlagen. Für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung muss ein Gesetz her, das ein schrittweises Abschalten von Kohlekraftwerken vorsieht – ein Abschaltgesetz. Aus unserer Sicht reicht es nicht zu sagen, wann ist endgültig Schluss mit der Kohleverstromung und wie viel Geld zahlen wir dafür. Aus den Erfahrungen im Ruhrgebiet mit Steinkohlebergbau und Schließung der Reviere wissen wir, es reicht den Menschen nicht, Geld zu bekommen, es reicht nicht, eine Rente zu bekommen. Die möchten weiterleben, weiterarbeiten, die möchten neue Perspektiven haben. Für diese Visionen und die Transformation müssen strukturierte Prozesse aufgesetzt werden, die professionell angeleitet werden, um das mit den Menschen selbst zu gestalten.

**Was denn zum Beispiel für Prozesse?**

Wir müssen erst mal Gespräche mit den Betroffenen führen und sagen, es stehen verschiedene Optionen zur Verfügung. Unternehmen müssen einbezogen werden, nicht nur die Zivilgesellschaft, auch Familien müssen mit ins Boot. Man muss dann Ziele festsetzen und gemeinsam überlegen, wie können wir diese Ziele erreichen. Das ist eine Herausforderung, die nicht von heute auf morgen zu machen ist.

**Aus welchen Finanzquellen soll sich der vorgeschlagene Transformationsfonds speisen?**

Nachlasssteuern, Erbschaften wären eine Quelle. In Deutschland wäre das verfassungsrechtlich zwar umsetzbar, aber zuständig für die Erhebung einer solchen Erbschaftsteuer sind die Länder. Wenn 16 Länder Transformationsfonds errichten, die sie aus ihren Erbschaftsteuereinnahmen speisen, ist aber die Umsetzung eher fraglich. Deshalb sagen wir Nachlasssteuer im weitesten Sinn, weil das Modell ja weltweit vorgeschlagen wird. Generationen in den Ländern, die den Klimawandel verursachen, haben Geld angesammelt. Die Erben haben das Geld ja nicht hart erarbeitet und das nehmen wir denen weg, sondern die bekommen das on top im Grunde. Eine andere Quelle wäre eine effektive CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Wir meinen, dass man auch in Europa neben Emissionshandel auch noch einen Mindestpreis für CO<sub>2</sub> in verschiedenen Sektoren festlegen könnte. Das Energiesteuerrecht muss novelliert werden, die EU-Kommission hat das 2012 versucht, es ist gescheitert. Man muss die fossilen Energieträger stärker in die Pflicht nehmen und besteuern.

**[Interview: Marion Busch und Juliane Grüning]**

**Die Rechtswissenschaftlerin Prof. Dr. Sabine Schlacke lehrt an der Universität Münster und ist seit 2016 Vorsitzende des WBGU.**

**Kontakt:  
E-Mail: [sabine.schlacke@uni-muenster.de](mailto:sabine.schlacke@uni-muenster.de),  
[www.wbgu.de](http://www.wbgu.de)**



ren fordern die Kommission auf, Rechtsvorschriften vorzuschlagen, um Folgendes zu verbieten: Käfige für Legehennen, Kaninchen, Junghennen, Mast-Elterntiere, Lege-Elterntiere, Wachteln, Enten und Gänse; Abferkelbuchten für Sauen; Kastenhaltung von Sauen und Einzelboxen für Kälber, soweit nicht bereits verboten. [jg]

- Europäische Bürgerinitiative:  
[www.ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/open/details/2018/000004](http://www.ec.europa.eu/citizens-initiative/public/initiatives/open/details/2018/000004)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### UN-Nachhaltigkeitsziele

#### Neben der Spur

■ Auf dem hochrangigen politischen Forum (High-Level Political Forum, HLPF) zu nachhaltiger Entwicklung im Juli in New York haben die Teilnehmenden festgestellt, dass die Fortschritte bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals, SDGs) weltweit nicht ausreichen. Der Umsetzungsprozess der 17 SDGs müsse in allen Vertragsstaaten erheblich beschleunigt werden.

Unter dem Motto „Übergang in nachhaltige und belastbare Gesellschaften“ (Transformation towards sustainable and resilient societies) berieten mehr als 2.000 Teilnehmende schwerpunktmäßig über die SDGs 6 (Zugang zu Wasser), 7 (Energie), 11 (Städte), 12 (Produktion und Konsum), 15 (Leben an Land) und 17 (Globale Partnerschaften).

AktivistInnen von SDG Watch Europe und der Kampagne Make Europe Sustainable for All kritisierten in einem Brief an EU-Kommissionsvizepräsident Frans Timmermans, dass die EU noch immer keine kohärente Politik betreibt. Es sei höchste Zeit für einen Prüfbericht, der den aktuellen Stand der Umsetzung auf EU-Ebene beleuchte.

Im September empfahl der Rat für Nachhaltige Entwicklung (RNE) der Bundesregierung eine aktivere Rolle bei der Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen. Neben der nationalen Umsetzung und

bilateralen Zusammenarbeit ist aus Sicht des Rates die Zusammenarbeit mit und in Gremien der Vereinten Nationen zu verbessern.

Erstmals seit Verabschiedung der SDGs in 2015 kommen die Staats- und Regierungschefs voraussichtlich im September 2019 wieder zu einem Nachhaltigkeitsgipfel der Vereinten Nationen zusammen. Dabei soll es um Weichenstellungen zur weiteren Umsetzung der Agenda 2030 gehen. [aw]

- [www.sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2018](http://www.sustainabledevelopment.un.org/hlpf/2018)
- Abschlusserklärung: [www.un.org/ga/search/view\\_doc.asp?symbol=E/HLS/2018/1&Lang=A](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=E/HLS/2018/1&Lang=A)
- Brief an Timmermans:  
[www.kurzlink.de/hlpf-letter-160718](http://www.kurzlink.de/hlpf-letter-160718)
- RNE-Stellungnahme:  
[www.kurzlink.de/rne-reform-hlpf-0918](http://www.kurzlink.de/rne-reform-hlpf-0918)

### Lage der Europäischen Union

#### Umwelt, Klima? Weiter im Text

■ EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat Mitte September seine Rede zur Lage der EU vor dem EU-Parlament gehalten. Dabei ging er kaum auf Umweltschutz- oder Klimathemen ein.

Juncker forderte die EU dagegen auf, endlich „weltpolitikfähig“ zu werden und auf internationaler Ebene souverän und vereint aufzutreten. Um schneller auf Entwicklungen reagieren zu können, schlug er vor, für einige EU-Entscheidungen im Bereich der Außen- und Steuerpolitik das Mehrheitsprinzip einzuführen. Juncker will zudem den Grenzschutz ausbauen, den Euro stärken und sich für die Abschaffung der Zeitumstellung einsetzen. Das Thema Klimawandel handelte er sehr kurz ab: Die EU solle den „kommenden Generationen einen sauberen Planeten hinterlassen“ und die beschlossenen CO<sub>2</sub>-Reduktionen umsetzen.

Umweltorganisationen kritisierten die Rede und forderten Juncker auf, die Ambitionen für einen gesünderen Planeten zu verstärken. [km]

- Junckers Rede:  
[www.ec.europa.eu/commission/priorities/state-union-speeches/state-union-2018\\_en](http://www.ec.europa.eu/commission/priorities/state-union-speeches/state-union-2018_en)
- [www.kurzlink.de/eeb-state-union](http://www.kurzlink.de/eeb-state-union)

### Europawahl I

#### Zehn „grüne Gewinnerpfade“ geebnet

■ Die Green 10, eine Koalition der größten europäischen Umweltorganisationen, haben ihre Forderungen zur Europawahl 2019 in einem Wahlmanifest veröffentlicht. Die Organisationen, die von über 20 Millionen BürgerInnen unterstützt werden, fordern von den politisch Verantwortlichen vier Prioritäten ein, für die sich die amtierenden Regierungen, die künftigen EU-Parlamentsabgeordneten und die politischen Parteien einsetzen sollen.

Eine Europäische Union: die erstens Umwelt- und Klimaschutz zu den obersten Prioritäten erklärt; die zweitens die Rechtsstaatlichkeit aufrechterhält und die Zivilgesellschaft stärkt; die drittens bessere Rechtsetzung, keine Deregulierung verfolgt, sowie viertens eine verantwortungsvolle und vorbildhafte EU-Kommission.

Das Manifest zeigt außerdem „zehn grüne Gewinnerpfade“ auf, mit denen die Europawahl 2019 umweltpolitische Gewinne bringen kann. [kh, jg]

- European Parliament Election Manifesto:  
[www.green10.org/wp-content/uploads/2017/06/Green10\\_Manifesto.pdf](http://www.green10.org/wp-content/uploads/2017/06/Green10_Manifesto.pdf)

### Europawahl II

#### Was deutsche Umweltverbände fordern

■ Unter dem Dach des Deutschen Naturschutzrings (DNR) haben 89 Umwelt-, Natur- und Tierschutzorganisationen im Sommer ihre Forderungen für ein nachhaltiges und lebenswertes Europa veröffentlicht.

Im Positionspapier „Meine Stimme für Europas Zukunft“ appellieren die Verbände an die EU, in den kommenden fünf Jahren einen ökologischen, sozialen und politischen Umbau einzuleiten. Denn es gilt, die Lebens- und Produktionsgrundlagen von mehr als 500 Millionen Menschen

in Europa zu verbessern. DNR-Präsident Kai Niebert betonte: „Eine Politik, der ein gesundes Europa am Herzen liegt, muss Natur- und Umweltschutzthemen und damit die Lebensqualität der Menschen ins Zentrum rücken.“

Außerdem greift das Papier die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung auf und macht Nachhaltigkeit zur zentralen Säule Europas. Auch braucht Europa eine grundlegende Neuausrichtung der Agrarpolitik, eine nachhaltige Energie- und Verkehrswende. [aw]

- ▶ Positionspapier:  
[www.kurzlink.de/position-euwahl19](http://www.kurzlink.de/position-euwahl19)
- ▶ DNR-Steckbrief zur Europawahl 2019:  
[www.kurzlink.de/steckbrief-euwahl19](http://www.kurzlink.de/steckbrief-euwahl19)

## Folgenabschätzungen

### Mehr Transparenz

Die EU-Kommission muss Folgenabschätzungen, die sie als Grundlage für Entscheidungen verwendet, zukünftig öffentlich machen. Dieses Urteil fällt der Europäische Gerichtshof (EuGH) im September und entschied damit zugunsten der Umweltrechtsorganisation ClientEarth.

Nachdem das Gericht der EU 2015 noch gegen eine Offenlegung entschieden hatte, erklärten die RichterInnen der Großen Kammer des EuGH, dass transparentere Entscheidungsprozesse die Legitimität und Glaubwürdigkeit der Arbeit der Kommission erhöhen könnten. Deshalb müssten Dokumente in größtmöglichem Zugang direkt zugänglich gemacht werden.

ClientEarth forderte 2014 Einsicht in zwei Folgenabschätzungen für Richtlinienentwürfe, die die Kommission jedoch verweigerte, um den Entscheidungsfindungsprozess nicht zu „gefährden“. Daraufhin klagte die Organisation vor dem Gericht der EU. [km]

- ▶ Urteil des EuGH:  
[www.kurzlink.de/eugh-transparenz](http://www.kurzlink.de/eugh-transparenz)
- ▶ ClientEarth: [www.kurzlink.de/clientearth-eugh](http://www.kurzlink.de/clientearth-eugh)

## VERKEHR & TOURISMUS

### Fahrzeugemissionen I

### Weniger Autoabgase in Europas Luft geplant

Abgeordnete des EU-Parlaments wollen den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos stärker reduzieren als bisher geplant. Der Umweltausschuss sprach sich im September für eine Reduzierung um 45 Prozent bis 2030 aus. Bis 2025 soll zudem ein Zwischenziel von 20 Prozent festgelegt werden. Die Pläne der EU-Kommission sahen ursprünglich vor, dass Autos und Lieferwagen 30 Prozent weniger Kohlendioxid bis 2030 produzieren.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) hatte sogar 35 Prozent reale Minderung bis 2025 und 70 Prozent Minderung bis 2030 im Vergleich zu 2021 gefordert. Nur so könne man den Klimaschutzziele gerecht werden.

Die Autoindustrie hingegen hält bereits das schwächere Reduktionsziel im Kommissionsentwurf für zu hoch und behauptet, der schnelle Umstieg auf E-Mobilität sei nicht möglich. Die schlechte Infrastruktur behindere den Verkauf von Elektroautos, hieß es beim Europäischen Autoverband ACEA. Dem widerspricht die Umweltorganisation Transport & Environment (T&E). Eine im September veröffentlichte Studie zeigt, dass der schwache Absatz von Elektrofahrzeugen vielmehr am fehlenden Angebot entsprechender Modelle liege. Etwa 95 Prozent der Ladevorgänge erfolgten an Ladestationen zu Hause oder am Arbeitsplatz, lediglich bei fünf Prozent werde eine Ladesäule im öffentlichen Raum genutzt.

Den Beschluss des Umweltausschusses muss im Oktober noch das Parlament absegnen, bevor die Verhandlungen mit den Mitgliedstaaten beginnen können. [mbu]

- ▶ Umweltausschuss zu CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos:  
[www.kurzlink.de/euparl-co2-pkw-2030](http://www.kurzlink.de/euparl-co2-pkw-2030)
- ▶ DUH zu CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Autos:  
[www.kurzlink.de/duh-co2-pkw-08.2018](http://www.kurzlink.de/duh-co2-pkw-08.2018)
- ▶ T&E-Studie zu E-Autos:  
[www.transportenvironment.org/publications/electric-vehicles-truth](http://www.transportenvironment.org/publications/electric-vehicles-truth)

## Nachhaltigkeit

### A-Z



### H wie Handlungsempfehlungen

Die Digitalisierung ist die größte gesellschaftsweite Entwicklung unserer Zeit. Die verheerenden Folgen einer mit ihr einhergehenden enormen Steigerung des Bedarfs an Energie, Rohstoffen, Logistik und Produktion werden jedoch unterschätzt und verschwiegen. Felix Sühlmann-Faul und Stephan Rammler geben Auskunft zu den gewaltigen Nachhaltigkeitsdefiziten der Digitalisierung. Zugleich formulieren sie Handlungsempfehlungen, wie Digitalisierung und Nachhaltigkeit gemeinsam umsetzbar sind.

F. Sühlmann-Faul, S. Rammler  
**Der blinde Fleck der Digitalisierung**  
Wie sich Nachhaltigkeit und digitale Transformation in Einklang bringen lassen  
232 Seiten, broschiert, 22,- Euro,  
ISBN 978-3-96238-088-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Fahrzeugemissionen II

### Trickst die Autoindustrie erneut?

■ Laut Gemeinsamem Forschungszentrum (JRC) der EU-Kommission besteht die Gefahr, dass Automobilhersteller erneut den CO<sub>2</sub>-Ausstoß von Pkws manipulieren. Aus einem internen Papier, das EurActiv vorliegt, geht offenbar hervor, dass Autobauer durch Hardware- und Softwaretricks versuchen, die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer Fahrzeuge künstlich aufzublähen.

Die neuen Manipulationsversuche stehen wahrscheinlich in Verbindung mit schärferen CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für neue Pkws und leichte Nutzfahrzeuge, die die EU-Kommission auf den Weg bringen will. Brüssel schlägt vor, dass Neuwagen bis 2030 30 Prozent weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen als zum Startpunkt im Jahr 2021. Hier setzen die Hersteller an. Denn mit höheren CO<sub>2</sub>-Abgaswerten würde der Startpunkt für schärfere CO<sub>2</sub>-Grenzwerte höher angesetzt, als es der Realität entspreche. Autobauer müssten somit geringere Anstrengungen unternehmen, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen ihrer Fahrzeugflotten zu senken.

Nach Auffassung von William Todts von T&E sind die Untersuchungsergebnisse „eine traurige Mahnung daran, dass die Autoindustrie in der Vergangenheit lebe und ihr nicht vertraut werden kann“. [aw]

- ▶ EurActiv: [www.kurzlink.de/ea-cars-260718](http://www.kurzlink.de/ea-cars-260718)
- ▶ T&E: [www.kurzlink.de/te-cars-250718](http://www.kurzlink.de/te-cars-250718) ##

## Luftverschmutzung

### Neue Abgastests und weitere Fahrverbote

■ Seit dem 1. September müssen alle Neufahrzeuge neue Emissionstests bestehen, bevor sie in Europa zugelassen werden können. Die Tests sind seit September 2017 bereits für neue Automodelle vorgeschrieben und werden nun auf alle neuen Fahrzeuge ausgeweitet. Die neuen Emissionstests (Emissionsmessung im

praktischen Fahrbetrieb – Real Driving Emissions, RDE) sowie verbesserte Laboruntersuchungen (nach dem weltweit harmonisierten Prüfverfahren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge – World Harmonised Light Vehicle Test Procedure, WLTP) sollen zuverlässigere Daten liefern, wie viele und welche Schadstoffe in die Luft gepustet werden. Das WLTP ersetzt den neuen europäischen Fahrzyklus (NEFC), der die heutigen Fahrbedingungen und Fahrzeugtechnologien nicht mehr angemessen widerspiegelt. Das WLTP wird EU-weit und national CO<sub>2</sub>- und Kraftstoffverbrauchswerte liefern, die den tatsächlichen Fahrbedingungen eher entsprechen. Die Hoffnung ist, dass dies einen stärkeren Anreiz zum Einsatz von kraftstoffeffizienten und kohlenstoffarmen Technologien schafft.

Der Stadtverkehr ist mitverantwortlich für die Verschmutzung der Luft in zahlreichen Gegenden. Schadstoffe in der Luft verursachen in der EU jedes Jahr 400.000 vorzeitige Todesfälle und führen zu Atemwegserkrankungen und erheblichen Gesundheitskosten.

Anfang September entschied das Verwaltungsgericht Wiesbaden über ein Fahrverbot für ältere Dieselaautos in Frankfurt am Main. Demnach seien zunächst von Februar 2019 an Dieselfahrzeuge mit Euro-4-Motoren sowie Benziner der Schadstoffklassen 1 und 2 betroffen, hieß es in der Urteilsbegründung. Vom 1. September 2019 an sollen auch Euro-5-Diesels nicht mehr fahren dürfen.

Bereits Ende Juli urteilte das Verwaltungsgericht Stuttgart, dass die Landesregierung Dieselfahrverbote für Euro-5-Diesels-Pkws und Nutzfahrzeuge in ihren Luftreinhalteplan aufnehmen muss.

Beide Gerichte reagierten mit ihren Urteilen auf Klagen der Deutschen Umwelthilfe (DUH). Im Fall von Stuttgart beantragte die DUH jetzt die Festsetzung eines Zwangsgeldes für „Saubere Luft“ in Stuttgart gegen die baden-württembergische Landesregierung, weil diese einen nur „unzureichenden Luftreinhalteplan“ vorgelegt habe.

Auch in München setzt sich die DUH für saubere Luft ein. Im dortigen Verfah-

ren hatte der Bayerische Verwaltungsgerichtshof Ende August 2018 angekündigt, die Frage der Zwangshaft durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) klären zu lassen. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu neuen Abgastests (Englisch): [www.kurzlink.de/eu-abgastests09.2018](http://www.kurzlink.de/eu-abgastests09.2018)
- ▶ DUH zu Stuttgart und München: [www.kurzlink.de/duh-stutt-muen07.18](http://www.kurzlink.de/duh-stutt-muen07.18)
- ▶ DUH zu Frankfurt: [www.kurzlink.de/duh-frankfurt09.2018](http://www.kurzlink.de/duh-frankfurt09.2018)

## Luftreinhaltung

### Projekte zum Aufatmen

■ Mit rund 130 Millionen Euro finanziert der Bund bis 2020 Verkehrsprojekte zur Luftreinhaltung in fünf deutschen Modellstädten. Die Mittel stehen zusätzlich zum „Sofortprogramm Saubere Luft 2017-2020“ zur Verfügung. Die Modellstädte Bonn, Essen, Herrenberg, Mannheim und Reutlingen setzen damit modellhafte Projekte zur Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und zur Verringerung der Stickstoffdioxidbelastung um.

Bonn führt das „365 Euro-Ticket“ ein. Damit sollen BürgerInnen schneller auf den ÖPNV umsteigen. Essen will das ÖPNV-Netz ausbauen. Mit höherer Taktung von Bussen und Bahnen sollen Wartezeiten verkürzt und eine bessere Anbindung geschaffen werden. Mannheim wiederum will ein „Micro-Hub“, einen Umschlagplatz für Logistiker einrichten. Auf diese Weise soll Post durch E-Fahrzeuge in der Innenstadt klimaneutral geliefert werden. [aw]

- ▶ Bundesumweltministerium: [www.kurzlink.de/bmu-pro-oepnv-2018](http://www.kurzlink.de/bmu-pro-oepnv-2018)

## Europäische Mobilitätswoche

### Multimodalität

■ Die Veranstalter des diesjährigen Mobilitätswoche haben Ende September die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ermutigt, umweltfreundliche Möglichkeiten zu

erforschen, die zur Verfügung stehen, um von A nach B zu gelangen.

Die Aktionen der Kommunen sollten zeigen, dass Multimodalität – also der Wechsel zwischen verschiedenen Verkehrsträgern möglich ist. [jg, mbu]

► [www.mobilityweek.eu](http://www.mobilityweek.eu)

## Radverkehr

### Mitmachen und abstimmen

■ Bis 30. November läuft der bundesweite „Fahrradklimatest 2018“ des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC). Interessierte können online 32 Fragen rund um fahrradfreundliche Infrastruktur in ihrer Stadt oder Gemeinde beantworten. Zum Beispiel geht es darum, ob das Radfahren Spaß oder Stress bedeutet, ob Radwege von Falschparkern freigehalten werden und ob sich das Radfahren auch für Familien mit Kindern sicher anfühlt.

Die Ergebnisse werden im Frühjahr 2019 präsentiert. Ausgezeichnet werden die fahrradfreundlichsten Städte und Gemeinden sowie diejenigen Städte, die seit der letzten Befragung am stärksten aufgeholt haben. [aw]

► [www.fahrradklima-test.de](http://www.fahrradklima-test.de)

## WASSER & MEERE

### Europäische Umweltagentur

### Umgang mit Wasser grundlegend ändern!

■ Wie kann die EU für künftige Generationen gesunde Flüsse, Seen, Grundwasserressourcen und Meere sichern? Die Europäische Umweltagentur (EEA) schreibt in ihrem „Signale“-Bericht Anfang September: Europa muss die Nutzung und die Behandlung von Wasser grundlegend ändern.

Jährlich verbrauchen allein wirtschaftliche Aktivitäten in Europa 243.000 Kubikhektometer Wasser. Das genutzte Wasser gelange zwar größtenteils wieder in den Wasserkreislauf, allerdings oft in verschmutztem Zustand, teils mit gefährlichen Chemikalien. Gleichzeitig sei der Zustand der europäischen Meere unter anderem aufgrund des Klimawandels und der Überfischung dramatisch. Flüsse, Seen und Feuchtgebiete litten unter überschüssigen Nährstoffen und veränderten Lebensräumen. Chemische Verschmutzung beeinträchtigt sowohl die Süßwasser- als auch die Meeresumwelt, warnt die EEA.

„Signale 2018“ betrachtet Wasser als Teil der europäischen Wirtschaft sowie als

Heimat und lebenswichtige Ressource für Tiere und Pflanzen. Der Bericht beleuchtet als Themen auch Wasser in Städten, Kunststoffabfälle und die Auswirkungen des Klimawandels.

Die EU überprüft zurzeit ihre Wasserpolitik. Am 20. und 21. September fand eine große EU-Wasserkonferenz in Wien statt. Anfang Oktober soll eine öffentliche Konsultation zur Wasserrahmenrichtlinie starten. Zahlreiche Umweltverbände wollen sich daran beteiligen und treten dafür ein, dass der strenge Schutz durch die Richtlinie weitergeführt und eine ambitionierte Umsetzung der Umweltvorgaben erfolgt (siehe Eckpunktepapier). [jg]

► [www.eea.europa.eu/highlights/water-in-europe-means-life](http://www.eea.europa.eu/highlights/water-in-europe-means-life)

► Eckpunktepapier WRRL:  
[www.kurzlink.de/wrrl-pos-2018](http://www.kurzlink.de/wrrl-pos-2018)

### Steckbrief EU-Wasserpolitik

### Von der Quelle bis zum Meer

■ Die EU-Kommission überprüft zurzeit die gesetzlichen Grundlagen für die europäische Wasserpolitik. Unter anderem sind ein Fitness-Check und eine Überprüfung der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) geplant. Umweltverbände fürchten, dass ei-

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## P wie Pioniere

Nachhaltiges Wirtschaften ist möglich – das beweisen zahlreiche engagierte Persönlichkeiten, die das Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement in Unternehmen, aber auch in Wissenschaft, Medien und anderen Institutionen erfolgreich voranbringen. »Pioniere der Nachhaltigkeit« stellt einige dieser Menschen vor: mal als Vordenker ihrer Disziplin, mal als Vorbild ihrer Branche. Und immer mit außergewöhnlich großem persönlichem Engagement.

**Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) e. V.**  
**Pioniere der Nachhaltigkeit**  
 25 Jahre B.A.U.M.-Umweltpreis  
 144 Seiten, Broschur, vierfarbig mit vielen Bildern, 24,- Euro,  
 ISBN 978-3-96238-075-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

nige EU-Mitgliedstaaten diesen Prozess nutzen, um eine Verschiebung der Zielsetzung der WRRL oder eine Absenkung der Schutzstandards zu erreichen. Welche Schritte in den kommenden Jahren geplant sind, welche weiteren Vorschriften zur EU-Wasserpolitik gehören und wie sich europäische und deutsche Umweltverbände zu den Brüsseler Plänen positionieren, ist im Steckbrief der EU-Koordination kompakt auf vier Seiten nachzulesen. [jg]

- Steckbrief zur EU-Wasserpolitik:  
[www.dnr.de/fileadmin/Publikationen/Steckbriefe\\_Factsheets/steckbrief-eu-wasserpolitik.pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Publikationen/Steckbriefe_Factsheets/steckbrief-eu-wasserpolitik.pdf)

#### Nitratgehalt im Grundwasser

### Reaktion Bundesregierung

■ Ende Juli gab es im Bundestag Antwort auf eine kleine Anfrage der Grünen zum Nitratgehalt im Grundwasser. Viele Daten und eine Deutschlandkarte mit rot eingefärbten Zonen zeigen: Es gibt noch viel zu tun, um die Wasserqualität zu verbessern. [jg]

- <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/035/1903550.pdf>

#### Flussbarrieren

### Tausende Staudämme und Wehre ungenutzt

■ Nur 40 Prozent der europäischen Wasserwege und Wasserstraßen sind in einem guten Zustand. Zwei Drittel aller Fließgewässer sind verbaut. Doch eine neue Studie der Koalition Dam Removal Europe (DRE) vom Sommer zeigt, dass es viel mehr Staudämme, Wehre und Schleusen in Europa gibt als bisher vermutet. Dabei seien viele dieser Bauten gar nicht mehr in Betrieb. Allein in Frankreich, Spanien, Polen und Großbritannien seien bis zu 30.000 hauptsächlich kleine Staudämme veraltet. Die Gesamtzahl der veralteten Dämme in Gesamt Europa dürfte noch viel höher sein.

Bisher wurden nur Staudämme über zehn Meter Länge gezählt, aber diese machen weniger als drei Prozent aller Flussbarrieren aus. Querbauten in Flüssen verhindern die Wanderung von Fischen, stoppen den Transport von Sedimenten und Nährstoffen und unterminieren den Wert von Flüssen für Mensch und Natur. Die Regierungen in ganz Europa sollen diese überflüssigen Bauten entfernen, fordert DRE. Die „Entrümpelung“ werde es den Mitgliedstaaten auch ökologisch effizient und mit geringen Kosten ermöglichen, ihre Verpflichtungen gemäß der EU-Wasser Rahmenrichtlinie (WRRL) zu erfüllen. Laut WRRL müssen alle Länder bis 2027 einen guten Status für die Mehrheit ihrer Gewässer, einschließlich Flüssen, Seen und Feuchtgebieten, erreichen. [jg]

- [wwf.panda.org/wwf\\_news/?331331/dam-removal-europe](http://wwf.panda.org/wwf_news/?331331/dam-removal-europe)
- [www.damremoval.eu/policy-report/](http://www.damremoval.eu/policy-report/)

#### Unteres Odertal

### Keine Eindeichung

■ Die für den Hochwasserschutz geplante Eindeichung des polnischen Zwischenoderlands (Międzyodrze) soll nicht umgesetzt werden. Die Umwelt- und Naturschutzverbände BUND, DUH, NABU und der Dachverband DNR nannten die Entscheidung einen „Erfolg für den Naturschutz“. Denn der Nutzen sei „zweifelhaft und die Umweltauswirkungen nur schwer prognostizierbar“ – zu diesem Schluss kommen die Weltbank und das zuständige polnische Planungsbüro. Damit dürfte das seit über 70 Jahren weitgehend ungenutzte Zwischenoderland als Kernzone des Schutzgebietsverbands Unteres Odertal von naturschutzfachlich unverletzlichen Eingriffen verschont bleiben.

Aus Sicht der Verbände müssen an der Oder jegliche Vorhaben vermieden werden, die einem der wenigen naturnahen mitteleuropäischen Ströme seine Dynamik nehmen und die Lebensräume weiter einschränken würden. Es brauche vielmehr Konzepte, die den Hochwasserschutz stär-

ken und zugleich die Regionalentwicklung, den Tourismus, den Naturschutz und die Schifffahrt miteinander harmonisieren. [jg]

- [www.kurzlink.de/dnr-pm-oderdeich](http://www.kurzlink.de/dnr-pm-oderdeich)

#### EU-Meeresschutz

### Schutz bis 2020 fällt wohl ins Wasser

■ Die EU-Kommission hat Anfang August einen Bericht vorgelegt, der die Anstrengungen der EU-Mitgliedstaaten für den Meeresschutz bewertet. Fazit: Die Maßnahmen reichen nicht aus. Nach Ansicht der Kommission haben die EU-Länder zwar „erhebliche Anstrengungen unternommen“, um dem zunehmenden Druck auf die Meeresumwelt zu begegnen. Dennoch sind die Maßnahmen im Rahmen der Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie nicht ausreichend, um bis 2020 einen guten Umweltzustand der Meere zu erreichen. Ein guter Umweltzustand ist dann erreicht, wenn Meere gesund und gleichzeitig produktiv sind.

In ihren Maßnahmenprogrammen setzten die Mitgliedstaaten mehr denn je auf regionale Zusammenarbeit und integrierten verschiedene nationale, EU- und internationale Politiken. Direkte und indirekte Maßnahmen beziehen sich unter anderem auf gebietsfremde Arten, die Ausbeutung kommerziell befischter Fisch- und Schalentiere, Eutrophierung, Schadstoffe, Abfälle sowie Unterwasserlärm. Zum Beispiel wenden 13 EU-Staaten ein Ballastwasser-Management gegen gebietsfremde Arten an. Gegen die Überfischung sprechen etliche EU-Länder Verbote der Fischerei oder von Fischfangmethoden in bestimmten Gebieten aus. Auch werde die Freizeitfischerei strenger überwacht.

Kroatien, Dänemark, Estland, Griechenland, Litauen, Rumänien und Slowenien veräumten die Frist, ihre nationalen Maßnahmen für die Bewertung bei der Kommission einzureichen. Sie wurden im Bericht nicht berücksichtigt. Die Meeresschutzorganisation Seas At Risk schätzt die nationalen Maß-

nahmen als „extrem schwach“ ein, sodass bis 2020 eine grundlegende Kehrtwende im Kampf gegen die anhaltende Verschlechterung der Meeresumwelt kaum gelingen kann. Die EU-Mitgliedstaaten müssten deutlich mehr tun. Dazu gehöre auch, die Produktions- und Konsummuster grundlegend zu überdenken. [aw]

- ▶ EU-Kommission: [www.kurzlink.de/com2018-562](http://www.kurzlink.de/com2018-562)
- ▶ [www.seas-at-risk.org/15-eu-marine-strategy/903](http://www.seas-at-risk.org/15-eu-marine-strategy/903)

### Umsetzung Londoner Protokoll

## Keine Meerestädung für Kommerz

■ Eine Form des Geo-Engineerings, die sogenannte Meerestädung, wird im deutschen Hoheitsgebiet nur noch zu Forschungszwecken „unter strengen Auflagen“ und wenn „nachteilige Umweltauswirkungen ausgeschlossen werden können“ erlaubt. Eine kommerzielle Nutzung der Meerestädung – also das künstliche Anregen von Algenwachstum – ist ausgeschlossen. Das hat das Bundeskabinett Anfang August beschlossen. Die Regelung gelte auch für die deutsche ausschließliche Wirtschaftszone und für deutsche Schiffe.

Der Beschluss setzt das international gültige Londoner Protokoll über die Verhütung von Meeresverschmutzungen um. Beim Geo-Engineering geht es um großräumige technische Maßnahmen, um den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre künstlich niedrig zu halten oder zu senken. [jg]

- ▶ [www.bmu.de/pressemitteilung](http://www.bmu.de/pressemitteilung) (Nr. 163/18)

### Meeresforschung

## Studie: Nur noch 13 Prozent marine Wildnis

■ Von Menschen nahezu unberührte Gebiete gibt es kaum noch, weder an Land noch im Meer. Eine Forschungsgruppe hat

untersucht, wo und in welchem Zustand sich die letzten Wildnisgebiete im Meer befinden. Das im Sommer in „Current Biology“ veröffentlichte Ergebnis: 13,2 Prozent, also etwa 55 Millionen Quadratkilometer der Ozeane können als Meerestwildnis klassifiziert werden. Wenig Wildnis gibt es noch in Küstengebieten, zum Beispiel Korallenriffe. Nur 4,9 Prozent der Meerestwildnisgebiete befinden sich in Schutzgebieten. Um diese wertvollen Zonen zu schützen, sind globale Erhaltungsstrategien gefragt. Denn sie zeichnen sich durch hohe genetische Vielfalt, einzigartige funktionale Eigenschaften und endemische Arten aus. Sie sind zudem widerstandsfähiger gegen die Auswirkungen des Klimawandels. [jg]

- ▶ <https://doi.org/10.1016/j.cub.2018.06.010>

### Fischereipolitik

## Aktion #StopptRückwürfe

■ Die Deutsche Umwelthilfe hat eine Aktion gestartet, um gegen die sinnlose Vernichtung von Tonnen von Meerestieren zu protestieren. Illegal werden unerwünschte „Beifänge“ von Fischereifloten wieder ins Meer zurückgeworfen. Neben Protestschreiben an die zuständige Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner können auch Videobotschaften veröffentlicht werden. Prominente UnterstützerInnen wie Marion Kracht, Tina Schüssler, Aline Joers und Followfish haben bereits den Sprung ins kühle Nass gewagt. [jg]

- ▶ [www.duh.de/stoppt RUECKWUERFE](http://www.duh.de/stoppt RUECKWUERFE)

### Fangquoten 2019

## Ostsee: Bald weniger Schollen und Dorsche

■ Der Hering in der westlichen Ostsee hat sich noch nicht ausreichend erholt, deshalb soll es 2019 geringere Fangquoten geben. Das hat die Europäische Kommission Anfang September empfohlen.

Für Scholle und Dorsch in der westlichen Ostsee, Sprotten und Hering im Golf von Riga und Lachs im Hauptbecken der Ostsee gelten dagegen voraussichtlich höhere Fangquoten.

Die Bemühungen zur Bestandserholung in den letzten Jahren zeigten laut EU-Umweltkommissar Karmenu Vella erste Erfolge. Die für Fischerei zuständigen MinisterInnen der EU-Staaten sollen den Kommissionsvorschlag nun beraten. Ein Beschluss könnte beim Fischereirat am 15. und 16. Oktober folgen. [jg]

- ▶ Pressemitteilung der Kommission mit Übersichtstabelle: [www.kurzlink.de/pm-com-ostsee19](http://www.kurzlink.de/pm-com-ostsee19)
- ▶ Vorschlag: [www.kurzlink.de/com2018-608](http://www.kurzlink.de/com2018-608)

### EU-Fischereifloten

## Schädliche Subventionen beenden

■ Die Umweltrechtsorganisation ClientEarth hat die EU-Kommission im August davor gewarnt, in den EU-Außenregionen den Bau neuer Fischereifloten und damit Überkapazitäten zu finanzieren. Bis Ende September lief eine Konsultation über eine Änderung der Leitlinien für Fischereifinanzbeihilfen. Geplant ist die Genehmigung von Beihilfen beim Bau von Fischereifahrzeugen in den Regionen in äußerster Randlage der EU – Überseegebiete, die von Frankreich, Portugal und Spanien verwaltet werden.

Die Gewährung staatlicher Beihilfen für den Bau von Fischereifahrzeugen verstoße gegen die Ziele der Gemeinsamen Fischereipolitik, die Überfischung zu beenden. Sie untergrabe auch die Ziele der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation, schädliche Subventionen zu beseitigen. Schließlich widerspreche sie der Vorbildfunktion der EU. „Der Sonderstatus dieser Regionen sollte kein Blankoscheck für die EU sein, ihre internationalen Verpflichtungen zu missachten“, kritisierte die Organisation. [jg]

- ▶ [www.kurzlink.de/clientearth-2018-08](http://www.kurzlink.de/clientearth-2018-08)

## THEMA

## Naturfreundliche Schnitzeljagd

Schatzsuche in der Natur – dagegen kommt nicht mal das neueste Computerspiel an. Beim naturfreundlichen Geocaching streifen Kinder und Jugendliche begeistert durch die Natur – und die Erwachsenen nicht minder. Damit die Schatzsucher keine bleibenden Spuren in der Natur hinterlassen, haben auch die NaturFreunde Richtlinien zur Orientierung verfasst. ■ VON WOLFGANG BEINER, NATURFREUNDE BRANDENBURG

■ Geocaching ist die moderne Form der Schatzsuche oder Schnitzeljagd. Ausgestattet mit einem Global Positioning System (GPS)-Empfänger und den Koordinaten eines sogenannten Caches (auf Deutsch: Versteck; „Geheimes Lager“, Behälter mit Utensilien) aus dem Internet kann man die „Schätze“ finden, die jemand anders an ungewöhnlichen Plätzen versteckt hat. Der Owner (Besitzer) hat den Cache zuvor gelegt und anschließend die Koordinaten auf Webseiten wie „geocaching.de“ oder „geocaching.com“ hochgeladen und somit den Cache zur Suche freigegeben. Findet der Cacher das Versteck, vermerkt er das Datum im Logbuch, welches im Cachebehälter liegt, und auf der Website.

Das Geocaching erfreut sich wachsender Beliebtheit. Insbesondere in Natur und Landschaft steht das Geocaching jedoch häufig in der Kritik. Zu Recht, wenn Caches in Lebensräumen wie Baum- und Erdhöhlen und Felsnischen, fernab von Wegen oder in aufgelassenen Gebäuden oder Steinbrüchen versteckt werden. Je abgelegener der Ort, je schwieriger zu erreichen, desto spannender die Suche – mit entsprechenden Folgen für geschützte Arten. So wurden etwa in Hessen bei 66 von 229 Uhu-Brutplätzen Geocaches in direkter Umgebung oder sogar am Brutplatz selbst gefunden.

Zwar gibt es ein paar spärliche Hinweise zum Schutz der Natur auf den großen Geocaching-Internetportalen. Die jedoch sind so teils genauso gut versteckt wie so mancher Cache, und dem Nutzer keine wirkliche Hilfe.

Die Brandenburger NaturFreunde haben das Thema schon früh aufgegriffen. Das Ziel war, Kindern und Jugendlichen, insbesondere auch solchen, die eher technikaffin sind, auf diese Weise die Natur näherzubringen.

So wird seit fast zehn Jahren, mit Unterstützung des brandenburgischen Umweltministeriums, naturfreundliches Geocaching durchgeführt, oft in Verbindung mit den NaturaTrails der NaturFreunde Brandenburg. Ein erster Artikel der Brandenburger NaturFreunde erschien dazu bereits 2009 in der NaturFreundin, der bundesweiten Mitgliederzeitschrift.

Schnell wurde deutlich, dass das „konventionelle“ Geocaching oben beschriebene Störungen mit sich bringt. Daraufhin wurde zunächst ein kleiner Leitfaden zum naturfreundlichen Verstecken von Geocaches erstellt.

Auch dies erwies sich nicht als ausreichend. Zwar können diejenigen, die den Cache versteckt haben (sogenannte Cache-Owner) damit schon gleich zu Anfang viele Störungen durch die Ortswahl vermeiden, haben aber letztendlich wenig Einfluss auf die Besuchshäufigkeit, das Verhalten der Schatzsucherinnen und -sucher in der Natur oder die Art der Fortbewegung zum Cache. Nicht von ungefähr gibt es im Internet den Rat, bei der Geocachingjagd wenigstens den Pkw zu Hause stehen zu lassen. In der Folge entschieden sich die NaturFreunde, keine Dauercaches anzulegen, die im Internetportal für die Allgemeinheit zugänglich sind.

### Naturfreundliches Geocaching auf den Brandenburger NaturaTrails

Stattdessen wurden geführte Touren für Gruppen entwickelt, bei denen die Caches zuvor versteckt und nach der Durchführung wieder eingesammelt werden. Die Brandenburger NaturaTrails, in Natura-2000-Gebieten gelegen, bieten sich für naturkundliche Geocachingtouren besonders gut an. Gibt es doch für jeden NaturaTrail ein Falblatt mit Informationen zu Landschaft, Naturausrüstung und besonderen Naturschätzen auf der

Strecke. Zudem steht am Beginn der meisten NaturaTrails eine große Infotafel mit ähnlichen Inhalten – gute Grundlagen für naturkundliche Rätsel, die mithilfe der Beschreibungen gelöst werden können. So vermitteln die NaturFreunde spielerisch und spannend naturkundliches Wissen und erklären die Notwendigkeit von Naturschutz und Naturschutzmaßnahmen. Und natürlich gilt es, am Schluss den „Schatz“ zu finden.

Mit dem Umweltbildungsangebot spricht der Verband Gruppen, Familien, Kinder- und Jugendliche, Großeltern und Enkel und letztendlich alle an, die sich gern in der Natur und Landschaft aufhalten. Mit personeller Verstärkung der NaturFreundeJugend ist geplant, dieses Angebot in Zukunft noch deutlich auszubauen.

### Naturverträgliches Geocaching im Überblick

- ▶ Spielerische Natur- und Umweltbildung
- ▶ Striktes Einhalten und die Vermittlung der Gebote für den Aufenthalt in Natur, Wald und Landschaft
- ▶ Geführte Touren
- ▶ Keine Dauercaches, alles wird aus Natur und Landschaft wieder mitgenommen
- ▶ Die NaturFreundetouren stehen allen Interessierten offen
- ▶ Auf NaturFreundetouren sind alle Teilnehmer unfallversichert

Der Beitrag ist im September – in etwas abgewandelter Form – im „Sandlatscher“, dem brandenburgischen NaturFreunde-Blatt erschienen.

- ▶ NaturFreunde Brandenburg, Potsdam, Geschäftsführer Wolfgang Beiner, E-Mail: [mail@naturfreunde-brandenburg.de](mailto:mail@naturfreunde-brandenburg.de), [www.naturfreunde-brandenburg.de](http://www.naturfreunde-brandenburg.de), [www.naturfreundebrandenburg.de/naturfreunde-projekte/naturfreunde-geocaching](http://www.naturfreundebrandenburg.de/naturfreunde-projekte/naturfreunde-geocaching)

DNR INTERN

Position

## Keine Bärenhaltung in Bernburg

■ Sieben Umweltverbände haben Ende August in einem offenen Brief an den Bürgermeister von Bernburg (Sachsen-Anhalt) Henry Schütze sowie die StadträtInnen appelliert, von jeglicher Haltung und Zurschaustellung von Bären im Schlosszwinger Abstand zu nehmen. Der Deutsche Naturschutzring, der Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt), der Bundesverband Tiererschutz, der Deutsche Tierschutzbund, Pro Wildlife, Vier Pfoten und das Vogelschutz-Komitee baten den Bürgermeister, eine anachronistische und den Anforderungen an artgerechte Tierhaltung nicht entsprechende Haltung von Bären jeder Art nicht weiterzuführen. Eine derartige Zurschaustellung würde BesucherInnen ein völlig falsches Bild vom Umgang mit Tieren vermitteln. Die Haltung in einem Zwinger nehme den Bären jede Möglichkeit, ihrem arteigenem Verhalten zu folgen. [red]

► Offener Brief zur Bärenhaltung:  
[www.kurzlink.de/dnr-baeren-08.2018](http://www.kurzlink.de/dnr-baeren-08.2018)

AUS DEN VERBÄNDEN

Jubiläum

## Über ein Jahrhundert Einsatz für See- und Küstenvögel

■ Dieses Jahr ist der Verein Jordsand 111 Jahre alt geworden. Das Programm zur Feier des Jubiläums wird bis 2019 fortgesetzt. Die Schutzgebietsreferenten haben dafür eine breite Palette ganz besonderer Veranstaltungen zusammengestellt, die alle kostenlos und größtenteils ohne Anmeldung sind. Es ist eine einmalige Gelegenheit ansonsten nicht zugängliche Schutzgebiete zu besuchen, darunter etwa die Halligen Habel und Norderoog.

Außerdem können Interessierte die Vogelwarte von Jordsand bei der Arbeit begleiten und Vögel sowie Meeressäuger hautnah während der Exkursionen beobachten. In Vorträgen erfährt das interessierte Publikum etwas über die Geschichte des Vereins und lernt die Gesichter hinter dem erfolgreichen Naturschutz kennen.

Jordsand wurde 1907 als „Verein zur Begründung von Vogelfreistätten an deutschen Küsten“ (Bezeichnung bis 1966) in Hamburg gegründet. Seit über 100 Jahren engagieren sich die Mitglieder für den

See- und Küstenvogelschutz sowie für den Naturschutz an der Nord- und Ostseeküste und im Großraum Hamburg. Der Name bezieht sich auf das erste Schutzgebiet des Vereins, die Hallig Jordsand zwischen der Nordspitze Sylts und dem Festland, die seit 1920 zu Dänemark gehört. [mbu]

► Veranstaltungstermine 2018/2019 für das Jubiläum: [www.jordsand.de/111-jahre-jordsand](http://www.jordsand.de/111-jahre-jordsand)

EHRENAMT

Europäisches Solidaritätskorps

## EU-Fördergelder beantragen

■ Freiwilliges Engagement und praktizierte Europäische Bürgerschaft junger Menschen – das sind die Grundpfeiler für das Förderprogramm Europäischer Solidaritätskorps (ESK). Die EU-Kommission hat dazu aufgerufen, Projektideen einzureichen. Dies können Organisationen tun, aber auch individuelle Gruppen von jungen Freiwilligen. Für die ausgewählten Projekte stehen insgesamt 44 Millionen Euro aus dem EU-Haushalt zur Verfügung.

Ausdrücklich können auch Naturschutzprojekte wie der Schutz gefährdeter

# Nachhaltigkeit

A-Z



## Z wie Zukunftsfähigkeit

Welche Möglichkeiten gibt es, die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften zu steigern? Helfen können erstens Lernprozesse im Verhältnis von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik – helfen können zweitens soziale Innovationen und drittens künstlerische sowie psychologische Verfahren, die neue Möglichkeiten der Entscheidungsfindung und Zusammenarbeit erschließen.

A. Metzner-Szigeth (Hrsg.)  
**Zukunftsfähige Entwicklung und generative Organisationskulturen**  
Wie wir Systeme anders wahrnehmen und Veränderung gestalten können  
256 Seiten, broschiert, 30,- Euro, ISBN 978-3-96006-016-1

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft



Arten eingereicht werden. Neben längeren individuellen Freiwilligentätigkeiten, Praktika und beruflichen Tätigkeiten im Solidaritätsbereich sind zahlreiche weitere Projekte förderfähig.

Die Frist zur Einreichung von Anträgen endet am 16. Oktober 2018 – außer für Projekte von Freiwilligenteams. Deren Anträge müssen bis zum 18. Januar 2019 vorliegen. Wer Unterstützung braucht, kann sich an die nationalen Agenturen wenden. [jg]

- ▶ Nationale Agenturen:  
[www.ec.europa.eu/youth/sites/youth/files/library/documents/esc-na-2018.pdf](http://www.ec.europa.eu/youth/sites/youth/files/library/documents/esc-na-2018.pdf)
- ▶ [www.solidaritaetskorp.de](http://www.solidaritaetskorp.de)

## PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### B.A.U.M.-Umweltpreis

## Nachhaltigkeit braucht Vorbilder

■ Ende September ist während der Jahrestagung des Bundesdeutschen Arbeitskreises für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) in Darmstadt zum 25. Mal der Umweltpreis des Vereins verliehen worden.

Dieses Jahr zeichnete das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften wieder zahlreiche Menschen aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien aus, die durch ihr Engagement Nachhaltigkeit in Unternehmen und der Gesellschaft voranbringen.

So erhielt den Preis in der Kategorie Wissenschaft der langjährige Mahner für mehr Klimaschutz und Experte für Ozeane und den Klimawandel vom GEOMAR Helmholtz-Zentrum für Ozeanforschung in Kiel Mojib Latif.

Weitere Informationen zu den B.A.U.M.-Preisträgerinnen und -Preisträgern sowie zur Jahrestagung finden Sie in den unten stehenden Links. [mbu]

- ▶ [www.baumev.de/preistraeger](http://www.baumev.de/preistraeger)
- ▶ [www.baumev.de/jahrestagung](http://www.baumev.de/jahrestagung)

### Deutscher Engagementpreis

## Online-Abstimmung über Publikumspreis

■ Bis zum 22. Oktober können Bürgerinnen und Bürger sich an der Abstimmung über den Publikumspreis des Deutschen Engagementpreises beteiligen und ihre Favoriten wählen. 554 engagierte Personen und Initiativen haben die Chance, die bundesweit renommierte und mit 10.000 Euro dotierte Auszeichnung zu erhalten. Die ersten 50 Plätze der Abstimmung gewinnen außerdem die Teilnahme an einem Weiterbildungsseminar zu Themen der Öffentlichkeitsarbeit und gutem Projektmanagement.

Bundesfamilienministerin Franziska Giffey, deren Ministerium den Deutschen Engagementpreis gemeinsam mit der Deutschen Fernsehlotterie und der Deutsche Bahn Stiftung fördert, ruft ebenfalls zum Danke-Klicken auf: „Alle diese vorbildlichen Beispiele stehen stellvertretend für die über 30 Millionen Menschen in Deutschland, die sich für ein gutes Miteinander in unserer Gesellschaft einsetzen. Deshalb unterstützen Sie mit Ihrer Stimme Ihr Lieblingsprojekt. Zeigen Sie den Engagierten Ihre Wertschätzung und stimmen Sie ab.“

Aus jedem Bundesland gibt es mehrere nominierte Initiativen und Personen. Die Nominierten sind in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen aktiv: Besonders viele finden sich in den Themenfeldern Soziales, Bildung und Integration. Die wichtigste Zielgruppe des Engagements sind Kinder und Jugendliche mit über 66 Prozent der Nennungen. Auch das Engagement für Geflüchtete ist weiterhin hoch.

Neben dem Votum der Bürgerinnen und Bürger über den mit 10.000 Euro dotierten Publikumspreis entscheidet eine Fachjury über die Preisträgerinnen und Preisträger in fünf weiteren Kategorien. Bekannt gegeben werden alle Gewinnerinnen und Gewinner bei einer festlichen Preisverleihung am 5. Dezember in Berlin. [mbu]

- ▶ Online-Abstimmung:  
[www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis](http://www.deutscher-engagementpreis.de/publikumspreis)

## Impressum

umwelt aktuell Oktober 2018

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: [info@dnr.de](mailto:info@dnr.de), [www.dnr.de](http://www.dnr.de)

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: [kontakt@oekom.de](mailto:kontakt@oekom.de), [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: [redaktion@dnr.de](mailto:redaktion@dnr.de), [www.umwelt-aktuell.eu](http://www.umwelt-aktuell.eu)

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg.

**Fotos:** Titel © DLR, S.15 © WWU. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:**  
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: [oekom-abo@verlegerdienst.de](mailto:oekom-abo@verlegerdienst.de)

**Anzeigen:** oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: [anzeigen@oekom.de](mailto:anzeigen@oekom.de)

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



Umweltbildung und (Bildung für) Degrowth

## Mut zur Wachstumsfrage

Grenzenloses Wachstum in einer begrenzten Welt? Die Geschwindigkeit, mit der die globalen Umweltveränderungen im Menschenzeitalter voranschreiten, erhöht sich. Die größtenteils negativen Folgen sind schon heute spürbar, noch drastischer werden sie für zukünftige Generationen. Weder in der Umweltbildung noch in der Bildung für nachhaltige Entwicklung ist bisher eine deutliche Hinwendung zur Wachstumsfrage und damit auch zu Gerechtigkeitsfragen gelungen. Ein provokativer Appell.

□ Bereits im Zuge der beginnenden Industrialisierung und den mit ihr einhergehenden lokalen ökologischen Krisen (Lesetipp: Wilhelm Raabe, „Pfisters Mühle“) keimten in der (Reform-)Pädagogik Ideen und Programme, die der Naturentfremdung entgegenwirken sollten. In den 1970er-Jahren wurde die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf das Thema Umwelt gelenkt. Die pädagogische Reaktion auf die mittlerweile globalen Umweltveränderungen folgte auf dem Fuß: Umweltbildung entwickelte sich als eigenständiges pädagogisches Themenfeld. Allerdings konnten bis heute weder die Naturbegeisterung der Wandervögel noch der mahnende, erklärende, nach Verantwortlichen suchende Zeigefinger der frühen Umweltbildung der ökologischen Destabilisierung entscheidend entgegenwirken. Auch die Ausweitung bzw. Ergänzung der Konzepte hin zur Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) hat keine Trendwende im Naturverbrauch eingeläutet. Heute sind fünf der neun planetaren Grenzen bereits überschritten. Nun könnte man entgegennehmen, dass das gesellschaftliche Verharren und das Festhalten am Status quo grundsätzlich größer sind, als der pädagogische Arm reicht. Dann müsste man die eigene inhaltliche und methodische Arbeit nicht reflektieren. Ein Blick in die bestehende Umweltbildungs- und BNE-Landschaft zeigt aber, dass die mentalen Infrastrukturen der Bildungsarbeit, der Förderstrukturen und institutionellen Abläufe noch zu häufig den Mustern der Leistungs- und Konsumgesellschaft folgen und damit den Status quo eher manifestieren, als ihn infrage zu stellen.

Ein Beispiel: Wenn im Restaurant des Hauses einer Naturschutzorganisation neben der interaktiven, klimabezogenen Moorausstellung die Tagesgerichte zwi-

### POSTWACHSTUM

schen Schnitzel, Braten, Gulasch, Fisch und Geschnietztem variieren, haben wir es mit Unterhaltungsprogrammen, mit Infotainment und einer Diskrepanz zwischen Vermittlung und Gelebtem zu tun. Ein anderes Beispiel: Die Debatte in Bayern, die aus der Idee für einen dritten Nationalpark zwar keinen Nationalpark, aber dafür eine Reihe ausgebauter Umweltbildungszentren oder Baumwipfelpfade hat werden lassen, fügt sich ins Bild: Statt den Zugriff auf die natürlichen Ressourcen zu begrenzen (Ziel der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt: Nutzungsverzicht auf fünf Prozent der Landeswaldfläche), basteln wir schlechtestenfalls Unterhaltungsprogramme ohne erkennbaren ökologischen Nutzen. Die Umweltbildung zeigt dann ihre Anschlussfähigkeit an die Spaßgesellschaft: Die Natur hält als Kulisse her, ohne dass eine intensive Auseinandersetzung mit den Zuständen der Ökosysteme oder Aktivitäten zum Schutz und Erhalt Teil der erlebnispädagogischen Maßnahmen werden.

Gesellschaftlich wie pädagogisch ist längst klar, dass ein einfaches „Weiter so“ nicht funktionieren wird. Unkritischer Fortschrittsglaube und Technikfaszination sind Teile des Problems und nicht der Lösung. Insofern lässt sich konstatieren, dass auch Nachhaltigkeitswettbewerbe zwar Aufmerksamkeit erregen, am Ende aber nicht nur Gewinner, sondern vermutlich auch viele Verlierer feststehen. Deren Begeisterung für die Themen Nachhaltigkeit und Ökologie könnte dauerhaft beschädigt werden. Wenn BNE wirksamer werden soll, darf sie nicht, gemäß der Steigerungslogik, als zusätzliche Anforderung in den

Bildungsplänen auftauchen. Stattdessen muss auf ihr der Fokus liegen und Nachhaltigkeitsfragen müssen fächerübergreifend und grundlegend gestellt werden. Eine kritische Haltung gegenüber unbegrenztem ökonomischem Wachstum sollte dabei zentral sein.

Es scheint, dass das Mantra des Zusammenhangs zwischen (ökonomischem) Wachstum und gerechten Gesellschaften seine Kraft, wie das bei Mantras eben so ist, nur noch aus der permanenten Wiederholung zieht. Wir benötigen für die Umweltbildung noch viel mehr pädagogische Räume, in denen soziale Gerechtigkeit und ökologische Integrität nicht nur besprochen und gepredigt, sondern gelebt werden. Wir brauchen Räume, in denen andere Reichtümer als die Glücksverheißungen der ressourcenintensiven Konsumgesellschaft ihren Platz haben: Ein Reichtum an Zeit, an Sinn, an Selbstbestimmtheit, an freudvollen Begegnungen, an Kontemplation und an Verbundenheit mit den lokalen, natürlichen Lebensgrundlagen – es gilt, mehr solcher Räume zu entwickeln. Die vielen Bildungsanbieter, die dies schon tun, sollten mutiger und deutlicher artikulieren, welche Mission sie hinsichtlich der Wachstumsfrage verfolgen. Am Ende steht die Erwartung, dass für heutige und zukünftige Generationen mehr Glück und Gerechtigkeit als Arbeit aus diesen umweltpädagogischen Aufgaben erwächst.

#### Kontakt:

Martin Ladach ist Projektleiter Waldschule des Bergwaldprojekts e.V., Würzburg  
E-Mail: [ml@bergwaldprojekt.de](mailto:ml@bergwaldprojekt.de),  
[www.bergwaldprojekt.de](http://www.bergwaldprojekt.de)

## BLICKPUNKT

### Bildungsräume jenseits des Wachstums

**Es gibt sie – die Pioniere einer wachstumskritischen Umweltbildung. Hier finden Sie eine unvollständige, subjektive Auswahl von pädagogischen Räumen und Initiativen, in denen Kooperation, ökologische Integrität und das gute Leben für alle Vorrang haben vor Gewinnstreben, Wettbewerb, Ausbeutung und Wachstum. Schauen Sie bei den Initiativen und Organisationen vorbei – mitmischen lohnt sich.**

#### Methodenhefte von FairBinding e.V. und Konzeptwerk Neue Ökonomie

Die Methodensammlung leistet einen Beitrag dazu, sich in der schulischen und außerschulischen Bildung kritisch mit unserem Wirtschaftssystem, insbesondere dem Wirtschaftswachstum zu beschäftigen. Das Methodenheft hat zum Ziel, die Privilegien des Globalen Nordens in den Blick zu nehmen und das allgemeine Wohlstandsmodell zu hinterfragen: In was für einer Welt wollen wir leben? Wie kann ein gutes Leben für alle erreichbar sein? Ist dies mit dem bestehenden Wachstumsmodell möglich? Welche Alternativen innerhalb und jenseits dieses Systems gibt es bereits? 2017 erschien der zweite Band, es gibt auch ins Englische übersetzte Methoden sowie ein Schwerpunktheft zu Lebensmitteln: [www.endlich-wachstum.de](http://www.endlich-wachstum.de)

#### Degrowth.info – Online-Portal

Unter [www.degrowth.info](http://www.degrowth.info) gibt es Informationen rund um das Thema Degrowth: Antworten auf die Frage „Was ist Degrowth?“, Neuigkeiten zu aktuellen Projekten und Informationen zu den internationalen Degrowth-Konferenzen. Außerdem gibt es eine Degrowth-Mediathek mit Audio-, Video- und Textmaterialien, einen Blog mit internationalen Artikeln zum Thema sowie einen Veranstaltungskalender. Das Portal informiert auch über die jährliche Degrowth-Sommerschule, auf der Perspektiven für eine Welt entwickelt werden, in der ein gutes Leben für alle möglich ist sowie über weitere Aktionen wie den Tag des Guten Lebens für alle.

#### DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften

Für alle WissenschaftlerInnen und wissenschaftlich Interessierte: Die Arbeit des DFG- (Deutsche Forschungsgemeinschaft)-Kollegs Postwachstumsgesellschaften setzt an der Erkenntnis an, dass moderne kapitalistische Gesellschaften ihre Stabilität nur dynamisch erhalten können. Gegenstand der Kollegforschung sind daher strukturelle Dynamisierungsimperative der kapitalistischen Moderne: die Steigerungslogik fortwährender Landnahmen, Beschleunigungen und Aktivierungen, die in ihrem Zusammenwirken weltweit historisch neuartige ökonomische, ökologische und soziale Krisen hervorbringen. Die Webseite [www.kolleg-postwachstum.de](http://www.kolleg-postwachstum.de) bietet Einblicke in die aktuellen Forschungen, Termine, Zeitungsartikel sowie einen Blog mit Interviews und Videos zu Postwachstumsthemen.

#### Blog Postwachstum

Der Blog [www.postwachstum.de](http://www.postwachstum.de) möchte ein Schaufenster für eine vom Wachstumszwang befreite Gesellschaft sein. Hier werden Visionen und Gestaltungsideen für eine Postwachstumsgesellschaft entwickelt: eine nachhaltige Gesellschaft, die nicht auf Wirtschaftswachstum angewiesen ist und in der es sich gut leben lässt. Im Mittelpunkt steht der gemeinsame Suchprozess statt eines Masterplans. Grundannahme: Eine Postwachstumsgesellschaft geht aus zahlreichen Experimenten hervor, die einzelne Akteure oder Gruppen wagen. Experimente, die suffiziente Lebensstile in der Praxis verwirklichen, Unternehmensziele neu definieren oder jenseits des wissenschaftlichen Mainstreams forschen.

#### Netzwerk Wachstumswende

Das Netzwerk Wachstumswende ist ein nichtkommerzielles Projekt des gemeinnützigen Fördervereins Wachstumswende e.V. ([wachstumswende.de](http://wachstumswende.de)). Es bietet Werkzeuge für eine dezentrale Kommunikation und Kollaboration. In einem Veranstaltungsfeed werden Informationen, Termine, Vortragsveranstaltungen und Publikationen rund um das Thema Degrowth veröffentlicht. Die Plattform ist sozusagen ein sozialökologisches Facebook und bot die Basis für das BNE-Netzwerk WECHANGE ([www.wechange.de](http://www.wechange.de)), das ähnliche Features bietet.

#### Netzwerk Plurale Ökonomik

Das Ziel des Netzwerks Plurale Ökonomik ([www.plurale-oekonomik.de](http://www.plurale-oekonomik.de)) ist es, der Vielfalt ökonomischer Theorien Raum zu geben, die Lösung realer Probleme in den Vordergrund zu stellen sowie Selbstkritik, Reflexion und Offenheit in der VWL zu fördern. Dabei geht das Netzwerk bewusst über einen VWL-internen Diskurs hinaus und richtet ihr Anliegen gezielt an Zivilgesellschaft, Politik und mediale Öffentlichkeit. An vielen deutschsprachigen Universitäten und in verschiedenen Städten in Deutschland, Österreich und der Schweiz gibt es Ortsgruppen, die zum Thema Plurale Ökonomik arbeiten.

#### Transition-Town-Initiativen

Aus Totnes in Großbritannien, wurde die Idee der Transition Towns in die ganze Welt exportiert. Mittlerweile bestehen weltweit über 4.000 regionale Gruppen, die vor Ort den sozialökologischen Wandel umsetzen. Repair-Cafés, Umsonstläden, Akteursvernetzung, Stadtgärtnern, autofreie Tage, Verbraucher-Erzeugergemeinschaften, Regionalgeld, ehrenamtlich organisierter Nahverkehr – Transition folgt keinem klaren Regelwerk, sondern ist Anlauf- und Unterstützungspunkt für alle, die sich am Wandel beteiligen möchten.

#### Zu guter Letzt: Literaturempfehlungen zum Weiterdenken

- ▶ Crutzen, Paul J. (2011): Die Geologie der Menschheit. In: Crutzen, P. u. a.: Das Raumschiff Erde hat keinen Notausgang. Energie und Politik im Anthropozän. Berlin: Suhrkamp, S. 7-10.
- ▶ Hopkins, R. (2008): Energiewende. Das Handbuch. Frankfurt: Zweitausendeins.
- ▶ Konzeptwerk Neue Ökonomie, DFG-Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) (2017): Degrowth in Bewegung(en). 32 alternative Wege zur sozial-ökologischen Transformation.
- ▶ Le Monde diplomatique (Hrsg.) (2015): Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr.
- ▶ Paech, N. (2006): Nachhaltigkeitsprinzipien jenseits des Drei-Säulen-Paradigmas. In: Natur und Kultur 1/2006, S. 42-62.
- ▶ Santarius, T. (2012): Der Rebound-Effekt. Über die unerwünschten Folgen der erwünschten Energieeffizienz. Wuppertal: Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie GmbH.
- ▶ Lewis, Simon L., Maslin, Mark A. (2015): Defining the Anthropocene. In: Nature, Vol. 519, S. 171-180.
- ▶ Steffen, W. et al. (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: Science, Vol. 347, S. 736-746.

## ZUM THEMA

Wanderausstellung**Endlich Wachstum**

□ Die Ausstellung „Endlich Wachstum“ macht das Thema Wirtschaftswachstum, Grenzen und Alternativen auf interaktive Weise zugänglich und verständlich. In neun Exponaten können sich BesucherInnen mit den Funktionen von Wirtschaftswachstum, dessen Grenzen, gesellschaftlichen und politischen Triebkräften und den wachstumsfördernden mentalen Prägungen in uns auseinandersetzen. Neben der kritischen Reflexion kolonialer Kontinuitäten und „grüner“ Wachstumsfantasien legt die Ausstellung zudem einen Schwerpunkt auf das Kennenlernen von alternativen Ansätzen hin zu einer ökologisch und sozial tragfähigen Wirtschaft und Gesellschaft. Die Ausstellung richtet sich an Menschen ab etwa 16 Jahren und setzt kein Vorwissen zu Wirtschaftsthemen voraus. Sie kann bei FairBindung e.V. ausgeliehen werden und ist bundesweit verschickbar.

▷ [www.fairbindung.org/angebote](http://www.fairbindung.org/angebote)

Einführungsseminar**Degrowth oder auch Postwachstum?**

□ Welche Ideen und Ansätze stecken eigentlich hinter den Begriffen „Degrowth“ und „Postwachstum“? Wie können die Konzepte zu einer gerechteren und ökologischen Wirtschafts- und Lebensweise beitragen? Und vor allem: Wo finde ich Gleichgesinnte, die ähnliche Fragen beschäftigen und die auch endlich ins Handeln kommen wollen? Das Seminar ist als Einführung in die Debatte um Degrowth konzipiert. Dabei wird ein Überblick über die verschiedenen Strömungen und Variationen von Degrowth und Postwachstum gegeben. In einem zweiten Teil wird gemeinsam entschieden, welche Aspekte

von Degrowth die Gruppe speziell interessieren und was verstärkt bearbeitet werden möchte.

▷ [www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/seminare](http://www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/seminare)

## AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU-Workshop**Hand in Hand für Umwelt- und Naturschutz**

□ Neue Bildungsmaterialien für die Arbeit mit Geflüchteten stehen im Mittelpunkt des kostenlosen ANU-Workshops am 08.10.2018 in Köln. Die ReferentInnen und AutorInnen erläutern die pädagogischen Angebote zu den Themen Heizen und Strom sparen, Klimaschutz, Ernährung, Wasser, Abfall, Mobilität und Naturerleben und geben zudem grundsätzliche Empfehlungen für die Arbeit mit geflüchteten Menschen. Ausgewählte Module werden in Kleingruppen praktisch erprobt und es besteht Raum für Erfahrungsaustausch und Vernetzung. Anbieter außerschulischer Bildung, Akteure der Integrationsarbeit aus Kommunen, Wohlfahrtsverbänden und lokalen Asylinitiativen und weitere Interessierte sind herzlich eingeladen. Der Workshop wird im Rahmen des ANU-Projekts „Integration geflüchteter Menschen durch Umweltbildung“ durch die Bundesstiftung Umwelt gefördert.

▷ [www.umweltbildung.de/integrationworkshops.html](http://www.umweltbildung.de/integrationworkshops.html)

Tagung**Nachhaltigkeitsbildung für die Zukunft der Alpen**

□ Die Tagung im Nationalparkzentrum

„Haus der Berge“ in Berchtesgaden am 18. und 19. Oktober 2018 wird vom Nationalpark Berchtesgaden in Kooperation mit der ANU Bayern e.V. im Rahmen des Interreg-Projekts YOUrALPS veranstaltet. Sie wendet sich an MultiplikatorInnen der Umweltbildung/BNE, an Lehrkräfte und PädagogInnen der außerschulischen Bildung. Ziel der Tagung ist es, die Identifikation mit dem und das Engagement für den Lebensraum Alpen bei jungen Menschen zu fördern. Kompetenzen wie Empathie, Reflexionsvermögen und Gerechtigkeitsempfinden sind neben Partizipation, Engagement und Kooperation notwendig, um durch Bildung für nachhaltige Entwicklung zum Schutz der Alpen aktiv zu werden. Auf der Tagung erfahren Sie in Vorträgen über die Potenziale der Bildung für nachhaltige Entwicklung und lernen eine große Bandbreite an guten Beispielen aus den Alpen kennen. In verschiedenen interaktiven Workshops können Sie neue BNE-Methoden erproben und Impulse für den Schulalltag und die außerschulische (Umwelt)Bildung mitnehmen.

▷ Infos unter [www.umweltbildung-bayern.de](http://www.umweltbildung-bayern.de) und [va.Dinter@npv-bgd.bayern.de](mailto:va.Dinter@npv-bgd.bayern.de)

▷ Anmeldung unter: [bne-fuer-die-alpen@npv-bgd.bayern.de](mailto:bne-fuer-die-alpen@npv-bgd.bayern.de)

ANU-Bundestagung**Bildung für Klimaschutz**

□ Der ANU Bundesverband e.V. und der Förderverein NaturGut Ophoven laden am 4. Dezember 2018 nach Leverkusen ein. Das vorläufige Programm steht bereits: Vorträge zu neuesten Erkenntnissen aus der Umweltpsychologie für aktives Handeln gegen die Klimaerhitzung und „Warum die Debatte über Klimaschutz eine neue Orientierung braucht“ geben Impulse zur Klimabildung. Zudem werden die Ergebnisse der bundesweiten Netzwerkarbeit von „16Bildungszentren-Klimaschutz“ aus allen Bundesländern vorgestellt. Im Programm steht das Erkunden des KlimaErlebnisParks auf dem Gelände des NaturGuts Ophoven und der

Ausstellung „KlimaGlück“ im Kinder- und Jugendmuseum EnergieStadt und sowie drei Workshops zu „Integration/Weiterentwicklung vorhandener pädagogischer Angebote mit Elementen der Klimabildung“, „Auf dem Weg zum authentischen Lernort – das Ziel Klimaneutralität“ und „Klimabildung outdoor – geht immer“. Die Mitgliederversammlung der ANU findet am 03.12. (voraussichtlich 16-19 Uhr) in Leverkusen statt.

▷ [www.umweltbildung.de/anu-tagungen.html](http://www.umweltbildung.de/anu-tagungen.html)

## WISSENSWERT

Zukunftswerkstatt

### Transformation: Die Welt im Wandel

□ Das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen (EPN Hessen) und das hessische PromotorInnen-Programm laden in Kooperation mit weiteren Akteuren am 16. November 2018 zur Zukunftswerkstatt II zur Großen Transformation nach Frankfurt ein. Die Zukunftswerkstatt bietet die Möglichkeit, Visionen einer sozialökologischen Transformation und Forderungen für eine transformative Bildungsarbeit auszutauschen und aus unterschiedlichen Perspektiven Kritik an den aktuellen Verhältnissen zu üben. Zusammen mit Aktiven aus der Umweltbildung, der politischen und rassismuskritischen Bildung, der Friedenspädagogik, dem Globalen Lernen, der Bildung für nachhaltigen Entwicklung, aus migrantisch-diasporischen Organisationen, aus der frühkindlichen und außerschulischen Bildung, Schule und Universität werden Ideen für eine transformative Bildungsarbeit diskutiert. Der Teilnahmebeitrag beträgt 40 beziehungsweise 20 Euro.

▷ Anmeldung bis 31.10. unter E-Mail: [zukunftswerkstatt@epn-hessen.de](mailto:zukunftswerkstatt@epn-hessen.de)

Arbeitshilfe

### Umweltbildung mit Wirkung

□ Wann ist ein Angebot wirkungsvoll? Die von der Züricher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) herausgegebene Arbeitshilfe basiert auf der über die Jahre hinweg aufgebauten Erfahrung in der Umweltbildung. Die Arbeitshilfe unterstützt bei der Messung und Verbesserung der Wirkung von Umweltbildungsangeboten und steht zum kostenlosen Download bereit.

▷ [www.zhaw.ch/umweltbildung-mit-wirkung](http://www.zhaw.ch/umweltbildung-mit-wirkung)

BNE-Tour

### Noch zehn Termine im zweiten Halbjahr 2018

□ Der Nationale Aktionsplan BNE tourt von Februar bis Dezember 2018 durch Deutschland. Zu den Veranstaltungen der BNE-Tour sind sowohl Fachleute als auch Bürgerinnen und Bürger eingeladen. Sie können sich bei den Terminen austauschen, vernetzen und gemeinsam die Umsetzung des Aktionsplans vorantreiben. Die BNE-Tour möchte das Engagement unzähliger Akteure sichtbar machen, die in Kommunen, Kitas, Schulen, Hochschulen und zahlreichen Orten des informellen Lernens Nachhaltigkeit vermitteln. Orte der zehn noch anstehenden Termine sind Gelsenkirchen, Wolfsburg, Düsseldorf, Hamburg, Halle (Saale), Frankfurt/M., Bonn und Berlin.

▷ [www.kurzlink.de/BNETour](http://www.kurzlink.de/BNETour)

## UMWELTBILDUNGSVERANSTALTUNGEN

12.–14.10., Göttingen

### Workshop „Nachhaltig vernetzt – und du mittendrin?!“

In dem Workshop der Naturfreundejugend für 16- bis 27-jährige werden persönliche Kurzfilme über

Nachhaltigkeitsfragen in einer digitalisierten Welt erarbeitet.

▷ [www.kurzlink.de/Nachhaltigvernetzt](http://www.kurzlink.de/Nachhaltigvernetzt)

ab 27./28.10., Göttingen

### Fortbildung „Partizipatives Projektmanagement: Beteiligung, Zusammenarbeit & Kreativität verbinden – für ein nachhaltiges Leben“

▷ [www.vepik.de/seminare.pdf](http://www.vepik.de/seminare.pdf)

13.11., München

### Fachtag „Gemeinsam in die Zukunft – Bildung für nachhaltige Entwicklung in der Kita (er)leben“

▷ [www.ifp.bayern.de/veranstaltungen/fachtagungen/index.php](http://www.ifp.bayern.de/veranstaltungen/fachtagungen/index.php)

ab Februar 2019, Göttingen/Fulda

### Weiterbildung: „Selbstständigkeit in der Naturbildung“

Die Weiterbildung der Naturschule Deutschland e.V. richtet sich an Menschen, die sich im Bereich der Naturbildung nebenberuflich selbstständig machen wollen. Voraussetzung für die Teilnahme sind ein umfangreiches Repertoire an naturpädagogischen Methoden sowie Vertrautheit mit didaktischen Prinzipien bzw. einem einschlägigen didaktischen Modell der Naturbildung.

▷ [www.naturschule.de/selbststaendigkeit-in-der-naturbildung](http://www.naturschule.de/selbststaendigkeit-in-der-naturbildung)

Impressum

ökopädNEWS

Herausgeber

**ANU**

Arbeitsgemeinschaft  
NATUR- UND UMWELTBILDUNG  
Bundesverband e.V.

Redaktion

Larissa Donges (verantwortl.), [larissa@naturfreundejugend.de](mailto:larissa@naturfreundejugend.de)  
ANU-Bundesverband e.V.,  
Kasseler Str. 1a, D-60486 Frankfurt/M.,  
Tel. +49 (0)69 / 716 73329 - 21, Fax -10,  
[bundesverband@anu.de](mailto:bundesverband@anu.de),  
[www.umweltbildung.de](http://www.umweltbildung.de)